

Günther Baechler

Die politische Debatte in der Bundesrepublik über eine Konventionalisierung der NATO-Posture

AP 19 (M&P) - November 1985

Die "Arbeitspapiere" stellen keine Äußerung der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung GmbH oder der Mitglieder des Stiftungsrates dar; sie werden von den Autoren verantwortet, die in der Regel Mitarbeiter von im Berliner Projektverbund geförderten Projekten sind.

C bei den Autoren

Berliner Projektverbund der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung
Winklerstr.4a
D-1000 Berlin (West) 33

Tel.: (030) 8928000 und 8928009

INHALTSVERZEICHNIS:

1. <u>EINLEITUNG</u>	1
2. <u>DIE GRUNDPOSITIONEN IN DER DISKUSSION ÜBER DIE KONVENTIONALISIERUNG IN DER BUNDESRE- PUBLIK</u>	4
2.1. POSITION I: Befürworter offensiver konven- tioneller Operationskonzepte	4
2.1.1. Wörner/Würzbach-Studie (CDU/CSU)	7
2.1.2. Militärische Überlegungen zur Operations- planung	8
2.1.3. Zum politischen Umgang der Bundesregierung mit den Interessendivergenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik	11
2.1.4. Zusammenfassung	12
2.2. POSITION II: Befürworter einer Denukleari- sierung der NATO-Strategie durch konven- tionelle Operationskonzepte	13
2.2.1. Abweichende CDU-Position	15
2.2.2. Die SPD-Diskussion nach dem Kölner Partei- tag vom 18./19. November 1983: "NATO as usual?"	16
2.2.3. Die SPD und FOFA (Rogers-Plan)	24
2.2.4. Zusammenfassung	27
2.3. POSITION III: Befürworter systemüberwinden- der Konzepte bei einer Ablehnung der Konven- tionalisierung	28
2.3.1. Die Grünen (im Bundestag)	31
2.3.2. Verwandte Positionen außerhalb der Grünen	35
2.3.3. Zusammenfassung	37

3. <u>SYNOPSIS UND SCHLUSSBETRACHTUNG DER DREI</u>	
<u>POSITIONEN</u>	38
3.1. POSITION I	38
3.2. POSITION II	39
3.3. POSITION III	40
3.4. SCHLUSSBETRACHTUNG	41

LITERATURLISTE

1. EINLEITUNG

Wenn von "Konventionalisierung" die Rede ist, dann sind nicht die herkömmlichen "konventionellen Waffen", wie sie in Form von Panzern und anderen traditionellen Großwaffen zum Bestand der meisten Streitkräfte der Welt gehören, gemeint. Konventionalisierung ist auch kein Synonym für eine völlige Ent-Nuklearisierung der NATO-Streitmacht. Der Begriff "Konventionalisierung", zu dessen inhaltlichen Bestimmung an dieser Stelle auf andere Quellen verwiesen wird (1), umfaßt eine Neubestimmung der nordatlantischen Rüstungs-, Militär- und Abschreckungspolitik, kurz der NATO-Posture (2).

Die Tatsache, daß die Konventionalisierungsdiskussion mit dem Akzeptanzverlust der NATO-Politik seit dem Doppelbeschluß von 1979 in Verbindung gebracht wird, wirft die Frage auf, ob die durch die "Nach"-rüstung hervorgerufene Legitimationskrise der Allianz durch eine Konventionalisierung der Posture ein Abflauen oder eine Verschärfung erfährt.

Es sprechen vor allem zwei Gründe dafür, die Konventionalisierungsdebatte in der Bundesrepublik gesondert aufzugreifen: einmal ist die Bundesrepublik innerhalb

-
- (1) Die U.S.-Dokumente zur Konventionalisierung wurden in der Bundesrepublik zum Teil ganz, zum Teil in Auszügen auf deutsch veröffentlicht: Vgl. die "Blätter für deutsche und internationale Politik", "AirLand Battle 2000. Internes Arbeitspapier des US Army Training and Doctrine Command (TRADOC)", Heft 10/83, Bonn 1983. Die ALB-Doktrin und das ALB 2000-Konzept (die sog. Glanz/Meyer-Version) in: Militärpolitik Dokumentation, Heft 34/35, Frankfurt/M. 1983, 13-41, bzw. 74-94. Das Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V., Starnberg veröffentlichte am 18.1.84 Auszüge aus der U.S.-Heeresdienstvorschrift Field Manual 100-5 vom 20.8.82. Zum "Rogers-Plan" vgl. Rogers. B.W., Die NATO in den 80er Jahren. Ein Jahrzehnt der Herausforderung, in: Europa Archiv (EA) 22/1982, 369-380.
- (2) Der Begriff "Posture": "Er bezeichnet die Gesamtheit aller für ein militärisches System wichtigen materiellen und immateriellen Komponenten und schließt Strategie, Organisation, Ausrüstung und Bewaffnung, Taktik, Führungssystem und Operationsplanung ein" (Stratmann 1981, 9).

der NATO auf Grund historischer und geographischer Bedingungen von einer Modifikation der NATO-Posture besonders betroffen. Zum anderen hängt es wesentlich von ihrem Verhalten ab, ob und wie sich die Interessen der USA in den Bündnisgremien durchsetzen lassen.

Vorerst haben die erst nach und nach an die Öffentlichkeit gelangten Informationen über die Inhalte einer Konventionalisierung eine allgemeine Verunsicherung in der durch das anhaltende Wettrüsten sensibilisierten Bevölkerung ausgelöst und zu harten Kontroversen quer durch die politischen Lager geführt. Der RiB im sicherheitspolitischen Konsens, der mit dem Stationierungsbeschluß vom 22.11.1983 entstanden ist, konnte mit AirLand Battle/2000 und Rogers-Plan nicht gekittet werden. Das führt bei der Herausarbeitung der kontroversen Inhalte dazu, daß selbst eine parteipolitische Abgrenzung nicht exakt vorzunehmen ist. Gleichzeitig entsteht vor dem Hintergrund der Verunsicherung die Schwierigkeit, Realpolitik von bloßen Konzeptionen oder ideologisch aufgeheizten Postulaten zu trennen.

Methodisch scheint es deshalb sinnvoll, den Dissenz nicht entlang parteipolitischer Linien bestimmen zu wollen, sondern zunächst die Grundpositionen zum Problem Konventionalisierung herauszufinden. Die Auswahl der Diskussionsbeiträge folgt dabei der Intention, a) die ganze Breite des inhaltlichen/politischen Spektrums und b) die relevanten politischen Äußerungen zu erfassen (1). Zur Bestimmung der Grundpositionen wird auch der Zusammenhang zwischen der Position zur Konventionalisierung und der grundsätzlichen Haltung zur NATO und zur westlichen Sicherheitspolitik untersucht.

(1) Angesichts der Vielzahl von Veröffentlichungen oder Stellungnahmen wird auf Vollständigkeit zugunsten von Übersichtlichkeit und Kategorienbildung verzichtet. Zeitlich bewegt sich die Untersuchung im Rahmen von etwa drei Jahren, angefangen im Frühjahr 1982 (Wörner/Würzbach-Studie im Mai 82) bis zum Frühjahr 1985, als die Strategische Verteidigungsinitiative von Reagan (SDI) immer mehr die Medien zu beherrschen begann.

Zum Schluß werden die drei sich ergebenden Grundpositionen einander zusammenfassend gegenübergestellt. Dabei wird die Arbeitshypothese bestätigt, daß sich in der Bundesrepublik auch weiterhin die skizzierten Positionen voneinander abheben werden. Die nach dreijähriger Auseinandersetzung bestehenden Divergenzen in der Konventionalisierungsfrage deuten nicht auf eine kurzfristige nationale Konsensbildung in der Sicherheitspolitik hin. Der Streit quer durch die Parteien trägt eher Züge einer permanenten Infragestellung der Bündnisstrukturen überhaupt, auch wenn der Ausweg nicht in einem Austritt aus der Allianz gesucht wird.

Ob es möglich sein wird, eine für die Bundesrepublik akzeptable, d.h. von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hingenommene Konventionalisierung der NATO-Posture zu finden, hängt u.a. davon ab,

- a) wie weit die USA zu gehen bereit sind, um ihre Interessen im Bündnis durchzusetzen und wie weit sie dabei von den Unionsparteien unterstützt werden,
- b) ob es der Sozialdemokratie gelingen wird, "u.a. durch eine Konventionalisierung wieder mehr Bürger von der Notwendigkeit militärischer Abschreckung und dem defensiven Charakter der NATO-Strategie zu überzeugen" (Lübckemeier 1983, 71 (1)).

(1) Vgl. zur Legitimationsproblematik und zum Konsensbildungsprozeß: Sieber, Ursel, Legitimation der Sicherheitspolitik durch Konventionalisierung der NATO-Strategie?, Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung des Diploms am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin, 9. Oktober 1985.

2. DIE GRUNDPOSITIONEN IN DER DISKUSSION ÜBER DIE KONVENTIONALISIERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

Wie in der Debatte über den NATO-Doppelbeschuß vom 12.12.1979, in der es die Positionen:

- Stationierung von Pershing II und Cruise missiles um jeden Preis,
- Dislozierung erst nach dem Scheitern des Verhandlungsteils des Doppelbeschlusses in Genf,
- Verhinderung der Mittelstreckenraketen ohne Wenn und Aber (1),

gab, lassen sich in der gegenwärtigen Konventionalisierungsdebatte ebenfalls grob drei unterschiedliche Positionen ausmachen:

- Befürworter einer Erweiterung der NATO-Strategie durch neue offensive konventionelle Operationskonzepte (AirLand Battle/2000, Rogers-Plan),
- Befürworter einer schrittweisen De-nuklearisierung der NATO-Posture durch Auf- oder/und Umrüstung im konventionellen Bereich und durch eine Änderung der nuklearen Einsatzdoktrin (No-First-Use-Diskussion),
- Befürworter systemüberwindender Konzepte (bezogen auf das "Abschreckungssystem") bei einer Ablehnung der geplanten Konventionalisierungsvorhaben mit unterschiedlichen Begründungen.

2.1. POSITION I: Befürworter offensiver konventioneller Operationskonzepte

Zusammengefasst lassen sich folgende Grundpositionen

(1) Vgl. dazu die Beiträge von: Schmid, Günther, Die öffentliche Diskussion um Frieden und Sicherheit, in: ÖMZ Heft 4/1983, 293-296, hier: 293. Ders., Positionen in der sicherheitspolitischen Diskussion und ihre Vertreter in der BRD, in: ÖMZ Heft 6/1983, 504-513.

unter Position I subsummieren:

- Die deklaratorische NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion (flexible response) (1) solle nicht abgeschafft werden, sondern durch die Einführung zusätzlicher konventioneller Mittel endlich auch materiell implementiert werden. Gegenüber der vorwärtsorientierten Offensivstrategie der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) besitze die NATO eine Defensivstrategie gekoppelt mit einer Vorneverteidigung. Diese strategische "Selbstbeschränkung" werde durch die taktischen Atomwaffen und die Eskalationsdominanz ausgeglichen.
- Die Analyse der sowjetischen Bedrohung betont die wachsende konventionelle und nukleare Überlegenheit der UdSSR, die, eingebettet in eine Offensivstrategie, die westliche Verteidigung zunehmend unwirksam mache. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung der NATO und eine erhöhte finanzielle Opferbereitschaft der Bevölkerungen sei ein Zurückdrängen der sowjetischen Militärmacht zwar möglich, aber nicht sicher.
- Der gegenwärtig notwendige frühzeitige Ersteinsatz (First-Use) von Kernwaffen führe - trotz der Verbesserung der Abschreckung durch die Mittelstreckenraketen) zum Dilemma einer erhöhten Selbstabschreckung als Folge der Einsatzdrohung mit taktischen Atomwaffen, die das zerstören, was sie zu schützen vorgeben. Dadurch entstehe die Gefahr, daß die UdSSR mit einem konventionellen Überraschungsangriff die Nuklearabschreckung des Westens unterlaufe. Um vom frühzeitigen Ein-

(1) Die deklaratorische Strategie ist die bündnisoffiziell gültige militär-politische Verteidigungsstrategie im Gegensatz zu der davon abgeleiteten materiellen Militärstrategie für den Kriegsfall, die den Rahmen für die militärische Operationsplanung und die Taktik auf dem Schlachtfeld bestimmt.

satz wegzukommen, sei die Anhebung der Nuklearschwelle mittels konventioneller Waffensysteme notwendig geworden.

- Mit der Konventionalisierung werde das Vertrauen der Bürger in der Bundesrepublik in die NATO-Strategie erhöht, die Konsensfähigkeit im Bündnis vertieft und die USA nach einer Erosion der nuklearstrategischen Garantie für Westeuropa erneut an die westeuropäische Sicherheit angekoppelt. Damit wird die Konventionalisierung ähnlich begründet wie die Zustimmung zu den Mittelstreckenraketen.

- Das Ziel einer Erweiterung der gültigen Militärstrategie durch den "Rogers-Plan" sei eine wirksame Kriegsverhinderung, jedoch ohne auf die militärischen Fähigkeiten zur Verteidigung der westlichen Freiheit zu verzichten. Im Bezug auf das ausgeweitete Schlachtfeld sei hervorzuheben, daß die NATO-Eskalationsstrategie schon immer vorgesehen habe, mit weitreichenden Waffensystemen das gegnerische Territorium im Gegenzug zu einem sowjetischen Angriff unter Feuer zu nehmen. Angriff als Kampfform im Kriegsfall dürfe jedoch nicht mit großangelegten raumgreifenden Offensiven in Mitteleuropa verwechselt werden, zu denen die NATO nicht in der Lage sei. (1).

(1) Weitgehende Übereinstimmung in den skizzierten Positionen herrscht in unzähligen Veröffentlichungen aus den Regierungskreisen und wissenschaftlichem Umfeld. Vgl. z.B.: Regierungserklärung des Kanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 4.5. 83 / Staatssekretär Lothar Rühl, in: FR vom 30.10.84 / Außenminister Genscher, in: Würzbach 1983 / Bundesminister der Verteidigung, Informations- und Presseabteilung (Hrsg.), Zur Diskussion über das FM 100-5 des US-Heeres (AirLand Battle) und das Konzept AirLand Battle 2000, ISP 11/1984, Bonn, 24. 8.1983 / General a.D. Franz-Joseph Schulze auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., in: Wehrtechnik 6/1983 / Stratmann, K.-Peter (Stiftung Wissenschaft und Politik SWP Ebenhausen) 1984 usw.

2.1.1. Wörner/Würzbach-Studie (CDU/CSU)

Diese Expertenstudie zur "Verbesserung der konventionellen Verteidigung" legt unter dem Stichwort "extended battlefield" die FOFA-Konzeption von General Rogers dar (1). Andere Konzepte, wie etwa eine ausschließlich konventionelle mobile Verteidigung, soziale Verteidigung oder ein Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen werden in die Rubrik "strategischer Unfug" verwiesen.

Eine quantitative Parität mit den WVO (obwohl genau dies immer zum Gegenstand jeder alarmistischen Bedrohungsanalyse gemacht wird) werde nicht angestrebt. Eine qualitativ neue konventionelle Option bedeute aber die Befähigung, eine konventionelle sowjetische Aggression garantiert aufhalten und zurückschlagen zu können:

"UM 60% EINER SOWJETISCHEN DIVISION ZU VERNICHTEN UND DEN VERBAND DADURCH KAMPFUNFÄHIG ZU MACHEN, BENÖTIGT MAN MIT DER BIS HEUTE ZUR VERFÜGUNG STEHENDEN MUNITION 2200 EINSÄTZE MIT FLUGZEUGEN ODER 10.000 KONVENTIONELL BESTÜCKTE RAKETEN. MIT UNGELENKTER PANZERBRECHENDER SUBMUNITION SIND NUR NOCH 300 FLUGEINSÄTZE ODER 1500 RAKETEN ERFORDERLICH. BEI GELENKTER PANZERBRECHENDER SUBMUNITION ABER VERMINDERN SICH DIE FLÜGE EBENSO WIE DIE ANZAHL DER ERFORDERLICHEN RAKETEN AUF 50 BIS 60. UM DENSELBEN ERFOLG ERZIELEN ZU KÖNNEN, MÜSSTE MAN ANDERERSEITS 20 BIS 25 NUKLEARWAFFEN VON JEWEILS 10 KT SPRENGKRAFT EINSETZEN" (Wörner/Würzbach 1982, hier: 9).

(1) FOFA ist die Abkürzung für: Follow On Forces Attack, gemeint ist damit die Niederringung und Bekämpfung der zweiten Staffel der WVO-Truppen. Der Begriff tauchte im Zusammenhang mit Rogers-Plan und Air-Land Battle auf.

Indem die Autoren hier ein Rechenexempel statuieren, das in der Fachliteratur bereits Furore gemacht hat (z.B. Cotter, in: ESECS, London 1983, 231-233), belegen sie ihre vorbehaltlose Akzeptanz solcher Konzeptionen. Allerdings dürften Lobby-Interessen Bundesverteidigungsminister Wörner daran hindern, in den neuen intelligenten Waffen ein "Wunderheilmittel" zu sehen. Die Beschaffung der 3. Generation konventioneller Großwaffensysteme steht ins Haus. Während diese Bestellungen v.a. die bundesdeutsche Rüstungsindustrie befriedigen, gehen die Aufträge für die Elektronik im Rahmen von FOFA hauptsächlich in die Vereinigten Staaten. Eine Lösung, die sich traditionell anbietet, besteht in einem "Waffenmix", indem die verschiedensten Systeme berücksichtigt werden, solange es der Haushaltsrahmen erlaubt.

2.1.2. Militärische Überlegungen zur Operationsplanung

Im Begleitpapier (Supporting paper) zur Arbeitsgruppe "Requirements for conventional defence" der European Security Study ESECS (London 1983) betont Stratmann (161-193) die Probleme der heutigen Vorneverteidigung bei einem Überraschungsangriff durch die sowjetischen ersten Staffeln und die operativen Einsatzgruppen. Insbesondere den mobilen Bodentruppen, die zu einer "initial defence" in der Frühphase der "land battle" fähig seien, müßte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Obwohl er die Frage des Einsatzes von Nuklearwaffen (bewußt) ausklammert, sind durchaus Ähnlichkeiten zu den offensiven Operationen nach dem ALB-Konzept auszumachen: zum Beispiel in der simultanen Bekämpfung der ersten und zweiten Staffeln der WVO-Truppen in einer Zone von 150 km Tiefe (ebd., hier: 188, 189).

Stratmann äußert auch die Ansicht, daß die Bundeswehr von je her eine mobilere Bodenverteidigung als viele ihrer Alliierten mit ihren rückwärtsgewandten Zermür-

bungstaktiken ("attrition-and-fall-back") verfolgen würde: "Probably, its commanders (der Bundeswehr, der Verf.) would wish to go beyond counter-offensive operations at corps and army group levels" (ebd., hier: 163).

Zwar hat sich Wörner öffentlich von offensiven Operationsplanungen auf gegnerischem Territorium distanziert. Trotzdem denkt mindestens ein enger Mitarbeiter seines Planungsstabs in einer österreichischen Militärzeitschrift über vorwärtsorientierte Alternativen zur "statischen" Vorneverteidigung nach. Eine "dynamische Vorwärtsverteidigung" hätte - so Farwick - nach dem Grundsatz: Kein Feuer ohne Bewegung, keine Bewegung ohne Feuer auch geographisch begrenzte "kurze Haken" auf dem unmittelbaren Kriegsschauplatz vorzubereiten (Farwick, in: ÖMZ Heft2/1983, 118). Auch er läßt die Frage der Einsatz-Doktrin für Nuklearwaffen unbeantwortet.

Obwohl in dem Konzept Farwicks wesentliche Elemente der gültigen Vorneverteidigung verletzt werden, spricht er nicht von einer neuen, einer "Offensivstrategie", sondern von einer "Kriegsverhütungsstrategie" durch glaubwürdige "Kriegsführungsfähigkeit". Mit dieser Interpretation der NATO-Abschreckung und der Aufforderung, eine "Vorwärtsverteidigung" als öffentliche Strategie zu erklären, dürfte er einige Tabus der Sicherheits- und Bündnispolitik durchbrochen haben. Die Politik der Schadensbegrenzung und der Erhaltung der Territorialität weicht einem Denken, das nach einem Angriff durch die WVO vor keinen Schranken mehr halt machen würde. Sogar "die Bevölkerung im westlichen Vorfeld der Sowjetunion könnte Hoffnung auf Befreiung von ungeliebten Systemen schöpfen (ebd., hier: 119).

Die Aussparung der militärischen Definition eines Nukleareinsatzes in den öffentlich zugänglichen Quel-

len - auch die ESECS bleibt bei der vagen politischen Formulierung, die Fähigkeit zum Niederringen der gegnerischen Luftstreitkräfte würde durch "vorzugsweise nichtnukleare ballistische Raketen geschaffen" (1983, hier: 31) - deutet darauf hin, daß an diesem Punkt der Bündniskonsens und der sicherheitspolitische nationale Konsens am stärksten gefährdet sind. Geheimhaltungsgründe allein dürften das Schweigen nicht hervorrufen.

Auch der ehemalige Verteidigungsminister der SPD Apel sprach sich auf der Wehrkundebegegnung in München am 12./13.2.1983 für eine "Bündelung der konventionellen Anstrengungen des Bündnisses" aus.

Etwaige Veränderungen der Strategie müßten im Interesse aller Bündnispartner schrittweise und langsam vorgenommen werden. Er verstehe aber die U.S.-amerikanischen Vorschläge nicht als Änderung an der NATO-Strategie der Flexiblen Antwort, sondern als eine "kräftige Verstärkung der konventionellen Komponente der Verteidigungsstrategie". Die Waffentechnik würde jedoch die strategische Orientierung verändern. An die Stelle der Vorneverteidigung würde die Vorwärtsverteidigung treten müssen, "denn die Vorstellung des 'airland battle 2000', das Abrücken von einer Art 'Maginotdenken' bei der derzeit gültigen Vorneverteidigung ist für uns in der Bundesrepublik nicht akzeptabel, wenn die 'airland battle 2000' zwischen Elbe und Rhein geplant wäre" (Apel, in: EWK/WWR 4/84, 156).

Ohne konkreter auf die neuen Konzepte einzugehen, zeichnete Apel in "konservativer" Art eine konventionelle Überlegenheit der WVO, die deutlich abgebaut werden müßte, bevor in der NATO über die Reduzierung der nuklearen Komponente nachgedacht werden könne.

2.1.3. Zum politischen Umgang der Bundesregierung mit den Interessendivergenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik (1)

Der "friedenspolitische Kurier" aus Starnberg (Mechtersheimer u.a.) versucht zu belegen, daß Bonn dabei sei, ALB zu übernehmen (der Artikel ist abgedruckt in der Zeitung: die Grünen Nr. 45, München vom 10.11.84, 7).

Dem Kurier liegt ein Papier von Generalinspekteur Altenburg vor, das im Juni 1984 den Abgeordneten des Bundestags-Verteidigungsausschuß zum Lesen vorgelegt und nach einigen Stunden Ansicht wieder abgenommen wurde. Unter Punkt 79 des Altenburg-Berichts an den Verteidigungsminister heißt es:

"DIE KONSEQUENTE UMSETZUNG DER KONZEPTIONELLEN VORSTELLUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG FEINDLICHER LAND- UND LUFTSTREITKRÄFTE IN DER TIEFE DES RAUMES IST BEIM JETZIGEN PLANUNGSERGEBNIS NOCH NICHT MÖGLICH GEWESEN."

und unter Punkt 49:

"NACH WEISUNG DES BUNDESKANZLERS VOM 4. OKTOBER 1984 IST ALS ZIELRICHTUNG FÜR DIE NUKLEARE TEILHABE VORGESEHEN, DASS DER SCHWERPUNKT LÄNGERFRISTIG BEI SYSTEMEN GRÖßERER REICHWEITE LIEGEN SOLLTE."

Im Zusammenhang mit Stratmanns Ausführungen macht der Verzicht auf Nuklearwaffen mit kurzen Reichweiten einen Sinn. Geht man davon aus, daß auf taktische Nuklearwaffen weitgehend verzichtet werden kann, weil das Konzept einer be-

(1) Zu den politischen Auseinandersetzungen in Bonn im Zuge des Bekanntwerdens einer AirLand Battle 2000-Version, die von einem Bundeswehr-Inspekteur (Glanz) gegengezeichnet wurde vgl. Horlohe, in: Müller (Hrsg.) 1984, 23-53.

weglichen Verteidigung, der Herbeiführung von Konzentration des Angreifers vor und innerhalb der eigenen Verteidigung und der Einsatz eigener Atomwaffen im Verteidigungsbereich der Vergangenheit angehört, ist eine Reichweitensteigerung im taktischen Bereich bis auf 150 km durchaus plausibel. Lediglich der quasi-automatische, frühzeitige und zahlreiche Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen störte das Streitkräfteamt am "integrierten Gefechtsfeld" der ALB-Konzeption. Der Begriff der "Integration" besage in Wirklichkeit nur, daß durch entsprechende Vorbereitungen die Notwendigkeit entfalle, "vor oder bei dem Wechsel von konventionellen zu nuklearen und chemischen Gefechtsbedingungen Umstellungen bei den eigenen Truppen vorzunehmen, die eine Unterbrechung der Operation bewirken..." (Stratmann 1984, 25). Diese Interpretation unterscheidet sich nicht von derjenigen von Starry beispielsweise (U.S.-Army, TRADOC, vgl. Starry, in: MR, March 1981, 31-50).

2.1.4. Zusammenfassung

Es wird hier klar, daß sich die Bundesregierung und die Militärs nicht gegen einen militärischen Einsatz von Atomwaffen und ihrer Integration in Operationskonzepte aussprechen. Sie wehren sich nur gegen die völlige "Konventionalisierung" dieser Waffen in einem Kriegsführungsszenario, in dem die Schwelle bereits auf der politisch-deklaratorischen Ebene verschwinden soll.

Ähnlich verhält es sich mit dem Verhältnis von Offensive und Defensive. Indem der Unterschied zwischen strategischen Vorhaben und taktisch-operativen Vorschriften besonders hervorgehoben wird, ist es möglich, den Konzepten nur eine "untergeordnete" Bedeutung zu

geben und dadurch den offiziellen Bündniskonsens, der in der NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion festgelegt wurde, vorerst unangetastet zu lassen.

Die Akzeptanz der Konventionalisierung durch die Position I ist verknüpft mit einer grundsätzlichen Zustimmung zur NATO. Die Strategie, die mit dem MC 14/3-Dokument formuliert wurde, gilt deklaratorisch als glaubwürdig, es müssen aber zu ihrer materiellen Implementierung zusätzliche Mittel beschafft werden. Um eine der Bedrohungswahrnehmung adäquate Verteidigungsfähigkeit zu erlangen, wird die Strategie durch das FOFA-Teilkonzept (Rogers), bzw. in den 90er Jahren durch ein Bündniskonzept FOCUS 21 (ALB 2000) erweitert werden. Daß die neuen Projekte für die Allianz weitgehend von den USA formuliert wurden, gilt dieser Position nicht als politische Besonderheit. Durch das Offenhalten der Strategiefragen seien ausreichend Spielräume für eigene (abweichende) Interessen gegeben.

2.2. POSITION II: Befürworter einer "Denuklearisierung" der NATO-Strategie durch konventionelle Operationskonzepte

Die Grenzen zwischen Position I und II sind fließend und daher nicht genau zu ziehen. Insbesondere in der SPD ist die Diskussion kontroverser und grundsätzlicher als in den Unionsparteien. Die Tendenzen in der Diskussion lassen jedoch einige Grundübereinstimmungen erkennen:

- Die NATO-Strategie MC 14/3 sei nicht grundsätzlich abzulehnen. In einer Zeit des anhaltenden Rüstungswettlaufs zwischen Ost und West, der auch jeweils

innere Ursachen habe, seien jedoch die Mittel der Allianz zu problematisieren, um - ausgehend von einem Gleichgewicht zwischen NATO und WVO - eine schrittweise De-nuklearisierung der NATO-Posture einzuleiten.

- Die nukleare Aufrüstung v.a. mit Atomwaffen kürzerer Reichweite führe immer mehr zu einem Unsicherheitssystem und beeinträchtige damit den sicherheitspolitischen Konsens in der Bevölkerung. Durch eine Konventionalisierung der defensiven grenznahen Vorverteidigung könne die Verteidigungsfähigkeit so gestärkt werden, daß eine De-nuklearisierung nach dem Prinzip "soviele konventionelle Systeme wie möglich, so wenig nukleare wie nötig" durchgeführt werden könne.
- Im Rahmen einer gesicherten nuklearen Zweitschlagsfähigkeit (deterrence by punishment) solle die Konventionalisierung mit einer Rüstungskontrollpolitik verbunden werden, so daß die eurostrategischen Systeme in Ost und West auf Null gebracht werden könnten.
- Politisch müsse die Konventionalisierung mit einer Periode der Mässigung und der Entspannung einhergehen. Dazu gehöre, daß der Gegner nicht durch eine offensive Strategie bedroht und damit die Abschreckung destabilisiert werde. Die NATO-Strategie sei als strukturell nichtangriffsfähige zu implementieren. Grundlegende Alternativen zum Abschreckungssystem oder/und zum Bündnis seien als destabilisierend zu verwerfen. Sinnvoll seien systemimmanente Reformen an der Flexiblen Reaktion (1).

(1) Vgl. dazu auch die Auswertungen zur Anhörung "Alternative Strategien" im Bundestag, in: Sicherheit und Frieden, S + F Heft 3 1984 (Nomos, Baden-Baden). Zum Einflußbereich der Po-
(Forts. S. 15)

2.2.1. Abweichende CDU-Position

Biedenkopf sieht in der Politik der atomaren Abschreckung eine "schwindende Akzeptanz". Eine Verteidigungspolitik müsse vom Volk getragen werden, sonst sei sie unglaubwürdig und damit kontraproduktiv. Deshalb folgt Biedenkopfs Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß einer Logik, die in ihrer Konsequenz zu einer Konventionalisierung der Verteidigung führen soll. Er fordert eine Überprüfung der NATO-Strategie der flexible response, die mit der Triade den qualitativen Unterschied zwischen der konventionellen und nuklearen Abschreckung einebene. Eine Neudefinition von Gleichgewicht als Maß des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisses zwischen Ost- und Westeuropa würde zeigen, daß die Sowjetunion auf der Ebene der politischen Systeme und in der wirtschaftlichen Dimension unterlegen sei. Dieses Ungleichgewicht versuche sie militärisch aufzuheben. Unter der strategischen Ausnutzung seiner Vorteile (Ausdehnung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen) könne der Westen dieser militärischen Bedrohung mit einer angemessenen konventionellen Verteidigungsfähigkeit begegnen. Diese politische Strategie ermögliche einen Weg aus der "nuklearen Grenzsituation", die bei einem Umschlagen in die militärische Tat zugleich das Ende aller Politik sei.

(noch Anm. 1 von S. 14)

sition II zählen: Teile der CDU-Basis oder einzelne CDU-"Köpfe" (Initiative für eine neue Sicherheits- und Friedenspolitik/ Christliche Demokraten für Schritte zur Abrüstung CDSA/Kurt Biedenkopf, Franz Alt). Teile der SPD-Basis und des SPD-Vorstands (Bahr/Eppler/Biermann/Borkenhagen u.a.). Teile der Friedensbewegung, die das Gleichgewicht zwischen Ost und West höher bewerten als grundlegende Alternativen zur bestehenden Ordnung. Im Bereich der Friedensforschung z.B.: Wolf Graf von Baudissin (IFSH), Gert Krell (HSFK), Eckhard Lübke (FES) Von Baudissin z.B. sieht im NATO-Doppelbeschluß ein Instrument für eine kooperative Rüstungssteuerung, um schließlich die nukleare Komponente der NATO zugunsten einer Konventionalisierung der taktischen Verteidigung zurückzudrängen. Er schlägt eine Reduzierung der INF-Systeme auf Null im Rahmen von integrierten INF- und START-Verhandlungen vor (von Baudissin 1981).

Im Gegensatz zu den skizzierten Trends innerhalb der CDU/CSU-Koalition (1) kommt Biedenkopf zum Schluß, daß es unzulässig sei, nukleare Systeme überhaupt in die Kategorie militärischer Mittel einzuordnen. Dies würde bedeuten, daß sie notfalls anwendbar wären, was aber nicht zutreffen würde. In den Mittelstreckenwaffen läge die politische Möglichkeit, von den militärisch-taktischen Atomwaffen wegzukommen und im Bündnis den strategischen (deklaratorischen) Stellenwert der nuklearen Abschreckung neu zu bestimmen (Biedenkopf 1983).

2.2.2. Die SPD-Diskussion nach dem Kölner Parteitag vom 18./19. November 1983: "NATO as usual?"

Mit der Ablehnung der Stationierung der INF-Systeme (vgl. Beschluß des Kölner Parteitages der SPD vom 19. 11. 1983, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Politik, Aktuelle Information der SPD Nr. 16 / November 1983) verband die SPD weiterführende Überlegungen über die Notwendigkeit einer Reform der NATO-Strategie. Die zu diesem Zweck zusammengesetzte Arbeitsgruppe "Neue Strategien" beim SPD-Parteivorstand sollte Möglichkeiten erörtern, die durch eine Defensivstrategie das Konzept einer "Sicherheitspartnerschaft" realisieren lassen. Sicherheit lasse sich im Nuklearzeitalter nur noch mit dem Gegner und nicht allein gegen ihn erreichen.

Im Zentrum stehe eine politische Friedenssicherung, die in einem Sicherheitssystem so organisiert werden müsse, daß der Krieg als Mittel der Politik von beiden Seiten ausgeschlossen werde. Deshalb müßten Militärstrategien strukturell auf das politische Ziel der Verteidigung zur Kriegsverhütung bezogen und die Rüstung kontrollfähig werden. Nukleare Abschreckung (Vergeltung) dürfe nur Übergangscharakter haben und müsse durch eine Konventionalisierung abge-

(1) Vor der Presse trat Mertes (CDU, ehem. Staatsminister im AA) Biedenkopf heftig entgegen: "Auf weite Strecken stelle sich Biedenkopf, wäre er SPD-Mann", mit Brandt, Eppler, Bahr, Lafontaine gegen Schmidt, Apel, Leber und Kaiser (FR vom 6.12.83).

löst werden, die politisch handhabbar in die defensive Strategie der Vorneverteidigung passe. Die Stabilität der Abschreckung beruhe auf der gegenseitigen Verwundbarkeit und daher auf einem annähernden Gleichgewicht der Kräfte. Ziel sei eine "europäische Friedensordnung", die durch die Mitwirkung der Weltmächte getragen werde (Bericht der AG "Neue Strategien", in: Politik Nr. 9, Juli 1983).

Aus dieser Position heraus wird eine Änderung der flexible response gefordert. Ihre Offenheit, die sowohl die Möglichkeit zur Begrenzung als auch der Eskalation des Nuklearkriegs zulasse und damit das nukleare Risiko nicht generell ausschließe, sei immer weniger dazu geeignet, die Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa zudecken zu können.

Abgelehnt wird eine "Schließung" der Militärstrategie durch die ALB-Doktrin. Diese wird als offensive Vorwärtsverteidigung eingestuft. In dem Zusammenhang wendet sich die AG auch gegen die "horizontale Eskalation". Die NATO verstehe sich als Organisation, die gerade ein Übergreifen von Eskalationsvorgängen auf den eigenen Raum verhindern solle.

Die Frage stellt sich, welcher Weg zu den formulierten Zielen führt. Wörner z.B. sieht die SPD nach dem Essener Parteitag im Mai 1984 ganz anders als vorher.

Er wirft der SPD vor, sie habe das Verbleiben der BRD in der NATO an Bedingungen geknüpft, "von denen jeder innerhalb und außerhalb der SPD weiß, daß sie vom Bündnis nicht erfüllt werden können - es sei denn um den Preis der Selbstaufgabe." Mit der unsinnigen Forderung nach "nichtnuklearer Verteidigung", "struktureller Nichtangriffsfähigkeit" usw. setze sie auf eine gezielte Zermürbung des Bündnisses und kalkuliere "einen Schlagabtausch der deutschen Sozialdemokratie mit den USA." Faktisch habe sie den "endgültigen Ausstieg (...) aus der Realpolitik" beschlossen (Wörner: "Das wertlose Ja zur NATO", in: DER SPIEGEL (-Essay) vom 4.6.84).

Um Wörners Einschätzung zu widerlegen, kann das Papier der AG "Neue Strategien" einige aufschlußreiche Hinweise geben:

"EINE KONVENTIONALISIERUNG DER NATO-STRATEGIE KANN REALISTISCHERWEISE VORERST NUR ZUM ZIEL HABEN, DIE KONVENTIONELLE VERTEIDIGUNGSKRAFT DER NATO SO WEIT ZU STÄRKEN, DASS DAS BÜNDNIS IN DER LAGE IST, EINEN ANGRIFF DES WARSCHAUER PAKTES ABZUSCHRECKEN, OHNE AUF DIE ANDROHUNG DES FRÜHZEITIGEN EINSATZES VON NUKLEARWAFFEN ANGEWIESEN ZU SEIN" (Politik, ebd., hier: 4).

Diese Formulierung, die praktisch wortwörtlich dem "Rogers-Plan" oder dem Wörner/Würzbach-Papier entnommen ist, wird noch ergänzt durch den einschränkenden Zusatz, daß eine konventionelle Abriegelung in der Tiefe nur abzulehnen sei, "solange die Verwechslung mit nuklearen Fähigkeiten gleicher Waffenarten besteht" (wie z.B. durch die dualen Pershing II-Raketen, Herv. durch den Verf.). Als politische Strategie empfiehlt die AG "intensive Bemühungen um nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle" und eine "nach innen und außen glaubwürdige Verkoppelung der europäischen und amerikanischen Sicherheit" (ebd.).

Defensive Verteidigung wird in dem Papier definiert als "Unfähigkeit zur raumgreifenden Offensive" (d.h. der Eroberung Osteuropas), aber man muß "den Gegner stellen können, wo er angreift" (1). Diese Formulierung dürfte ebenfalls dem Vokabular der FOFA-Konzeption entnommen sein.

Carsten Voigt erklärt dazu: "Allerdings wird wahrscheinlich auch eine defensive verteidigungspolitische Zielsetzung nicht auf die Fähigkeit verzichten können, die

(1) Erwin Horn sieht in einer defensiven "Ausweitung des Schlachtfeldes" die Möglichkeit, "das Territorium des möglichen Gegners zum Schlachtfeld zu machen, ohne es zu besetzen" (FR vom 20.7.82).

Heranführung von militärischen Verstärkungen aus der Sowjetunion und Osteuropa militärisch unterbinden zu können" (Voigt, in: Würzbach (Hrsg.) 1983, 78). Obwohl die neuen konventionellen Waffen qualitativ wirkungsvoller sind, gilt auch bei Voigt ein "annäherndes konventionelles Gleichgewicht" mit den WVO als anzustrebendes Ziel.

Lafontaine kommt beim Lesen des Papiers der Verdacht, die SPD wolle "noch Jahrhunderte warten" mit der Denuklearisierung (1983, 108). Während die SPD nach wie vor Frieden als die "Sicherstellung gewisser Gleichgewichte" versteht, sucht Lafontaine den Prozeß in den Ausstieg aus dieser Logik. Er fordert eine verteidigungspolitische Konzeption, die an die SPD der 50er Jahre anknüpft, aber diesmal Ernst macht mit der Denuklearisierung. Ein System kollektiver Sicherheit in einer neuen europäischen Friedensordnung sei nur durch einen Austritt aus der militärischen Integration der NATO zu erreichen (1).

Diese Ausführungen, aber auch die Diskussion auf dem Essener Parteitag, zeigen, daß zumindest die Einschätzungen Wörners nicht zutreffen. Die SPD dürfte dabei sein, eine durchaus im Interesse der USA liegende "Europäisierung der Verteidigung" anzustreben. Die Konventionalisierung kann ein Hebel dazu sein, wenn die nukleare Einsatzdoktrin verändert wird und insbesondere die Erosion der nuklearstrategischen Garantie aufgefangen wird. In diesem Punkt ist die Sozialdemokratie "realistischer" als die Regierungskoalition.

Die Diskussion über einen einseitigen Austritt der BRD wurde in der SPD nicht ernsthaft weiterverfolgt (2). Das Konzept

(1) Zum System kollektiver Sicherheit: Lutz, IFSH/31 Juli 1983.

(2) Vgl. die Argumentation Biermanns (u.a.), "Thesen zum Verhältnis der BRD zur NATO", wo er einen Austritt aus der NATO mit dem Argument verwirft, die BRD könne innerhalb der NATO gegen offensive Tendenzen der US-Administration besser Einfluß nehmen, während die NATO den deutschen Militarismus zu kontrollieren hätte, in: Moderne Zeiten, MOZ, 7/84, Hannover 1984, 35.

der "Sicherheitspartnerschaft" durch konventionelle "Defensivverteidigung" wird im Bündnis möglicherweise auf Anklang stoßen, wenn es sich zwischen den Polen "Europäisierung der Verteidigung" und "Atlantisierung der politischen Orientierung" (Sicherheitssolidarität) bewegt (1).

Von Bülow (Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD) beschreibt in den "Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrukturen in Ost und West", wie die Defensivorientierung in einem "Europäisierten" Westeuropa aussehen soll. Er setzt sich für eine "starke Europäisierung der Verteidigung Westeuropas" ein, die "ein enges Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands" voraussetze. (Vorstand der SPD (Hrsg.), Materialien Friedenspolitik, Bonn 1984). Im Zentrum der Überlegungen müsse eine realistische "Bedrohungsanalyse" der Sowjetunion stehen. Auf die Einschätzung, daß ein Angriff der SU ein "zwar äußerst unwahrscheinliches, aber dennoch letztlich denkbares Szenario" sei, baut ein Verteidigungskonzept auf, welches durch die Einführung intelligenter konventioneller Waffensysteme auch und v.a. für den grenznahen Bereich die atomare Schwelle "massiv" anheben kann. Eine Kombination von verstärkten Reservisten- bzw. Miliztruppen (2) mit defensiven, panzerbrechenden Waffensystemen im Rahmen einer konventionalisierten Artillerie (Patriot) und einer konventionellen Abriegelung in der Tiefe soll perspektivisch den Ersteinsatz von Atomwaffen überflüssig machen. Schon jetzt sei ein Abzug der Pershing II und eine Seestationierung der Cruise Missiles zu fordern.

Die Diskussion auf dem Essener Parteitag im Mai 1984 hat den Rahmen vorläufig abgesteckt, in dem sich die weitere sicherheitspolitische Debatte in der SPD bewegen wird.

-
- (1) Die Konzeption Ehmkes von der "Selbstbehauptung Europas" wurde vom Parteitag nicht übernommen.
(2) Vgl. Artikel "Macht mir die Reservisten stark!", in: "Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", DS, Nr. 49 vom 2. 12. 84.

Den "Initiativantrag der Linken" in Essen zur Grundlage zu machen, scheiterte. Trotzdem konnten einige Punkte im Leitantrag erweitert werden. Das Bekenntnis zur Allianz wurde z.B. an die Voraussetzung einer eigenen politischen Strategie geknüpft:

"SIE (DIE BRD, ANM. D. VERF.) FINDET DAS FÜR
UNS ERREICHBARE MASS AN SICHERHEIT NUR MIT IH-
REN PARTNERN UND NUR DANN, WENN SIE IHRE EIGE-
NEN SICHERHEITSINTERESSEN INNERHALB DES BÜND-
NISSES DEFINIEREN, EINBRINGEN UND DURCHSETZEN
KANN."

Damit war bezweckt, grundsätzlich über die Rolle der NATO zu diskutieren, um aufzuzeigen, "daß die NATO zum Instru-
ment der außenpolitischen Interessen der USA geworden ist."
(Gilges (MDB), in: Sozialismus 6 / 84). Das heißt, "wenn
die BRD ihre Sicherheitsinteressen in der NATO nicht durch-
setzen kann (...), dann ist die NATO für uns eben nicht
mehr akzeptabel" (ebd.). Der Parteivorstand dürfte aller-
dings die Passage dahingehend interpretieren, daß für die
BRD "Sicherheit nur mit ihren Partnern" erreichbar ist.
Sollten sich eigene Interessen nicht durchsetzen lassen,
würde das "Maß an Sicherheit" unterhalb des Erreichbaren
bleiben, es würde aber noch tiefer liegen, würde man aus
dem Bündnis austreten. Die Partner werden zum sine qua non
der Sicherheit (1).

Eine weitere Kritik der "Linken" kam zum Thema "Abschrek-
kung". Wenn die nukleare Abschreckung lediglich auf die
konventionelle übertragen werde, dann sei das eben "kein
Ausstieg aus der Abschreckungspolitik" (Gilges, ebd., hier).
Einen Schritt dahin soll eine Forderung des Initiativantra-
ges formulieren, die aber nicht übernommen wurde:

(1) Diese Interpretation ist durch die verunglückte Verknüpfung der
beiden "nur"-Sätze durch das "und" möglich. Zur Interpretation von
Gilges müßte es heißen: "Sie findet das für uns erreichbare Maß
an Sicherheit (...) mit ihren Partnern (...) nur dann, wenn ..."

"DIE NUKLEAREN SYSTEME KURZER UND MITTLERER REICHWEITE SIND AUF DER GRUNDLAGE KONTROLLIERBARER VERHANDLUNGSERGEBNISSE ODER IM ZUGE KALKULIERBARER EINSEITIGER SCHRITTE ZWISCHEN BEIDEN BÜNDNISSYSTEMEN ZU ELIMINIEREN. DER ABBAU DIESER WAFFEN DARF NICHT ZU EINER AUSWEITUNG UND MODERNISIERUNG DER KONVENTIONELLEN BEWAFFNUNG FÜHREN" (ZIT. NACH: GILGES, EBD.)

Der Parteitag folgt dem Leitantrag des Vorstands:

"INNERHALB EINER INSGESAMT ALS STABIL WAHRGENOMMENEN STRATEGISCHEN SITUATION KANN MAN PARTIELLE ÜBER- UND UNTERLEGENHEITEN HINNEHMEN."

Allein aus Gründen, die das Postulat "Gleichgewicht sei nicht nur militärisch definiert, glaubwürdig machen, muß dieser Satz hier stehen. Aber:

"SELBSTÄNDIGE ABRÜSTUNGSSCHRITTE EINER SEITE, ZEITLICH UND REGIONAL (SEKTORAL) BEGRENZT, KÖNNEN, SOWEIT SIE DIE VERTEIDIGUNGSFÄHIGKEIT NICHT GEFÄHRDEN, DIE DAZU NOTWENDIGEN VERHANDLUNGEN UND VEREINBARUNGEN FÖRDERN."

Und:

ZUR KONVENTIONELLEN STABILITÄT IST "ALLENFALLS EINE UMSTRUKTURIERUNG, KEINE AUSWEITUNG DER KONVENTIONELLEN RÜSTUNG NÖTIG" (Antrag des Vorstands).

Nach langer Diskussion wurde einem "freeze" des Verteidigungshaushalts nicht zugestimmt, sondern lediglich ein fixer Anteil am Gesamthaushalt auf der Grundlage der SPD-Haushaltsvorlage '83 beschlossen (1).

(1) Im Sinne dieses Beschlusses wurde Wörners Bundeswehrplan '85 abgelehnt. Konkret will aber die SPD im Bereich der Neuanschaffungen nur auf eine Pershing IA-Nachfolge verzichten, während Systeme wie PATRIOT/ROLAND als dem SPD-Ziel "Konventionalisierung" dienend akzeptiert werden. Die Zukunftsprojekte Jäger 90 und MPA 90 der Marine dürften auch unter einer SPD-Regierung angeschafft werden (Information der SPD-Bundestagsfraktion, Ausg. 2077, Bonn vom 24. 11. 84).

Somit hängt die SPD die Veränderungsprojekte an eine stabile Kette von Voraussetzungen, die jegliche Dynamik und Bewegung "erstarren" läßt und ein quantitatives Gleichgewichtsdenken auch eine "realistische Bedrohungsanalyse" wieder unterminiert:

Auch wenn die Diskussion in der Zwischenzeit weitergegangen ist (1), zeichnen sich doch nach wie vor folgende Determinanten ab, die auch noch auf dem nächsten Parteitag eine Rolle spielen dürften:

- (1) Ein "annäherndes konventionelles Gleichgewicht" als Voraussetzung für eine Denuklearisierung wird vom Verhalten der Sowjetunion abhängig gemacht.
- (2) Kalkulierte einseitige Schritte werden von Stabilität und Verteidigungsfähigkeit abhängig gemacht.
- (3) Damit wird auch die Einführung der Defensivstrategie vom sowjetischen Verhalten abhängig gemacht.
- (4) Stabilität und damit Sicherheit wird vom Verhalten der Bündnispartner abhängig gemacht.
- (5) Alternativen werden von einer potentiellen Regierungsfähigkeit der SPD unter den gegenwärtigen Bedingungen abhängig gemacht.

Bundesgeschäftsführer Glotz steckt deshalb den Rahmen auch pragmatischer ab: "Ein harter Bruch mit der gescheiterten Abrüstungsdiplomatie der siebziger Jahre - Ja", aber ein Programm eines "unilateral nuclear disarmament", wie etwa von der labour party vorgeschlagen, sei keine realistische Perspektive. Er will internationale Abkommen in eine neue

(1) Vgl. etwa die Debatte um das neuste Papier von von Bülow oder um die "14 Thesen" des Frankfurter Kreises. Diese Beiträge werden hier nicht mehr berücksichtigt, sondern werden in einer gesonderten Untersuchung (vor dem Hintergrund der SDI-Diskussion) behandelt werden.

"Sicherheitspartnerschaft" als "Zweite Ostpolitik" einbauen (1). Mit dem Versuch, ein realisierbares sicherheitspolitisches Konzept zu entwerfen, das konsensfähig für große Teile der Bevölkerung ist, versucht die Sozialdemokratie einen Bogen zu schlagen von der "Friedensbewegung" bis zu jener Mehrheit, die sich unter den verschärften Spannungen und dem Anwachsen der Kriegsgefahr keinen Gewinn erhoffen kann.

2.2.3. Die SPD und FOFA (Rogers-Plan)

Unter dem beschriebenen Eindruck steht auch das Verhältnis der SPD zu FOFA/ALB. Die ursprüngliche Reaktion der SPD zum "Rogers-Plan" stand ganz im Zeichen des Prozesses vom Ja hin zur Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses. Es zeichnete sich eine Politikfigur ab, die eine Verbindung zwischen den Konzepten Rogers' und den Plänen der SPD zur Konventionalisierung suchte, um gleichzeitig eine Abgrenzungslinie zu der Politik von Reagan/Weinberger und Kohl/Wörner zu ziehen. Dazu mußte eine konsistente Alternative sowohl zu den atomaren Mittelstreckenraketen als auch zu dem als offensiv eingestuften ALB-Konzept der USA gefunden werden, ohne die Allianz grundsätzlich in Frage zu stellen. Eine strategieimmanente Diskussion hatte die doppelte Aufgabe, die gültige NATO-Strategie als defensiv und nicht zum Angriff befähigt herauszustellen und gleichzeitig eine "Konventionalisierung der NATO-Posture" zur "Repolitisierung" der Nuklearwaffen zu entwerfen.

In diesem Sinne beurteilte eine Studie von Lübckemeier, Friedrich-Ebert-Stiftung, den "Rogers-Plan" nicht nur als "begrüßenswert", sondern als erforderlich für "die Rückführung von Nuklearwaffen auf die Rolle von Abschreckungsinstrumenten" (Lübckemeier 1983, 81).

(1) Es ist hier kein Raum, um die Parallelen zu frühen Konzepten der Entspannungspolitik mit ihren konvergenztheoretischen Ansprüchen (Europäische Ordnung usw.) aufzuzeigen.

Rogers breche mit seiner Konventionalisierung aus dem Begründungsspektrum des Doppelbeschlusses genau jenen Teil heraus, der die Interdiktionsrolle der Nachrüstungssysteme betreffe (ebd., hier: 62). Die Konventionalisierung würde es im Rahmen des Bündniskonsenses, der vorsieht, daß Nuklearwaffen politisch kontrolliert und selektiv eingesetzt würden (und der durch ALB in Frage gestellt würde), ermöglichen, auf die Pershing II als potentielle Erstschlagswaffe zu verzichten. In Genf sei die politische Lösung des Verhandlungsteils anzustreben (ebd., hier: 55, 56; warum L. dann an den cruise missiles festhalten will, bleibt außerhalb der von ihm entwickelten Logik).

Aus der "Konventionalisierung der NATO-Posture" vor der Zustimmung des Bundestages zu den Mittelstreckenraketen wird in der Aufsatzfassung der selben Studie (1984) eine "Denuklearisierung der NATO-Strategie" nach der INF-Stationierung. Das ganze Gewicht der Argumentation bezieht sich jetzt auf den Ersteinsatzverzicht und die Repolitisierung von Atomwaffen. Während ALB deutlicher kritisiert wird, werden Änderungsforderungen an Rogers gestellt, um ihn "akzeptabel" zu machen.

Die möglicherweise künstliche Linie Rogers - SPD war am Zerbrechen, denn das ganze Gewicht der Allianz war jetzt auf die Übernahme der FOFA-Konzeption mit möglichst allen Bestandteilen gerichtet. Jetzt war natürlich Wörner als "Vater des Rogers-Planes" der bessere Verbündete von SA-CEUR als eine SPD, welche strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, Rüstungskontrolle und "no first use" mit seinem Plan verbinden wollte (1).

(1) "Wenn er eine konventionelle Verteidigungspolitik anstrebt, die die UdSSR nicht ohne den Ersteinsatz von Nuklearwaffen überwinden könnte, gibt es keine abschreckungsstrategische Notwendigkeit mehr, an der nuklearen Eskalationsdrohung festzuhalten." (Lübckemeier, in: Bruns/Krause/Lübckemeier 1984, 81).

Konsequent wäre es, wenn Rogers den Verzicht auf nukleare Ersteinsatzwaffen als ein Ziel seines Vorhabens übernähme. Mit diesen Veränderungen versehen könnte Rogers ein sinnvoller Beitrag zur defensiven Vorverteidigungsfähigkeit sein, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, eine "europäisierte Variante des ALB-Konzeptes zu sein." (Manuskript 1984, 9,10).

Die politische Figur bricht zusammen, nachdem das Bündnis dem FOFA-Teilkonzept im Herbst 1984 in unveränderter Form zugestimmt hat. Nun ist es für die SPD zum Plan "jenseits der technischen Möglichkeiten" geworden. Experten werden bemüht, die nun daran zweifeln, daß die ungeheuer teuren, neu zu beschaffenden Informationssysteme ausreichen, um die zweite Staffel des Gegners wirksam stören zu können (Glotz, in: NG 1984, 1113). Äußerungen von Rogers aus dem Arsenal von AirLand Battle, wie: "es ist wichtig zu betonen, daß der Angriff in die Tiefe nicht nur ein Mittel für die Verteidigung ist", sondern "entscheidender für die Offensive" (ALB, 11), dürften die Distanz mitbewirkt haben (1). Glotz wendet sich von Rogers, der mit seinem Konzept selbst eine reduzierte Entspannungspolitik erheblich erschwere, ab und sucht (nachdem er Wörner des "Mitläufertums" bezichtigt hat) Rückendeckung für den Schwenk bei der Bundeswehr:

"NACHDEM DIE KONSERVATIV-LIBERALE BUNDESREGIERUNG
UNS ALLE UND INSBESONDERE DIE BUNDESWEHR IN DIESE
BEKLAGENSWERTE LAGE HINEINMANVÖVRIERT HAT",

gäbe es nur noch zweitbeste Lösungen, welche gegen diese Regierung überhaupt durchsetzbar seien:

(1) Auch Borkenhagen (Referent für Bundeswehrfragen beim Parteivorstand der SPD) sieht "Gefahren für eine defensive Vorverteidigung" in den "vorwärtsorientierten operativen Konzepten (Roger-Plan, ALB, ALB 2000 oder Dynamische Vorwärtsverteidigung)" (ÖMZ Heft 1/85, 47). Die zusätzlichen operativen Operationen "vorwärts der Vorverteidigung" würden der NATO-Strategie einen neuen Charakter verleihen. Vgl. auch die kritische Distanz zum Rogers-Plan von Borkenhagen und die Ablehnung von ALB durch Biermann, in: Müller (Hrsg.) 1984, 7-15, bzw. 15-23.

Die Bundeswehr solle sich auf "kurze Haken", d.h. auf Träger kurzer Reichweiten, die nicht über 80 oder 100 km hinausgehen, konzentrieren, denn es wäre verantwortungslos, "die Bundeswehr gegen die Wand laufen zu lassen" (Glötz, ebd., hier: 1114).

2.2.4. Zusammenfassung

Die von Glötz aufgestellte Frage "NATO as usual?" kann bezüglich der SPD-Debatte mit Ja beantwortet werden. Die Untersuchungen zeigen deutlich, daß es der Partei - mit Ausnahme des linken Flügels - im wesentlichen darum geht, die alte NATO-Strategie der Flexiblen Reaktion zu erhalten. Diese wird von der SPD in fast schon verklärter Weise als "strukturell nichtangriffsfähig" interpretiert.

Die De-nuklearisierung der Strategie, die nicht zu verwechseln ist mit einer Konventionalisierung durch den Verzicht auf alle Nuklearwaffen, hat sich zum Ziel gesetzt, die Glaubwürdigkeit der Abschreckung nach außen und die Legitimation der Sicherheitspolitik nach innen wieder herzustellen. Die angestrebten Reformen tasten das Bündnis nicht an, sondern beziehen sich v.a. auf eine qualitative Verbesserung der konventionellen Komponente durch Um-rüstung, wobei ein Gleichgewicht zwischen Ost und West im Rahmen von Rüstungskontrolle intendiert wird.

2.3. POSITION III: Befürworter systemüberwindender Konzepte bei einer Ablehnung der Konventionalisierung

Ausdruck dieser Position ist die Suche nach grundlegenden Alternativen zur gegenwärtigen Abschreckungssituation oder zum Abschreckungssystem überhaupt. Damit bewegen sich Vorschläge dieses Spektrums tendenziell oder manifest außerhalb des "nationalen Konsenses" in der Sicherheitsfrage. Damit ist auch schon die gegenwärtige politische Marginalisierung dieser Strategiekonzepte angedeutet (1).

- Je nach Standort der Kritiker/innen werden militärische und/oder nichtmilitärische Prozesse anvisiert oder alternative Modelle entworfen. Eine Konventionalisierung in der Form von ALB/2000/FOFA wird als Erweiterung oder als grundsätzliche Veränderung der alten NATO-Strategie und als Anpassung an eine Politik konfrontativen Typs verstanden und daher abgelehnt.
- Zum kleinsten gemeinsamen Nenner dieses Spektrums gehört auch eine Analyse des Wettrüstens, die das Gleichgewichtsdenken, verbunden mit dem Streben nach Überlegenheit (was nur scheinbar ein Widerspruch zum Anspruch auf Gleichgewicht sei), als Motor der Aufrüstungsdynamik versteht. Die Erarbeitung einer "realistischen Bedrohungsanalyse" durch eine vorurteilslose Einschätzung der östlichen Fähigkeiten im Verhältnis zu den westlichen Arsenalen gehöre an den Anfang einer Bewußtwerdung von Möglichkeiten zur Abrüstung. Die deutliche Überlegenheit des Westens in politischer und ökonomischer Hinsicht müsse Bestandteil

(1) "Systemopposition" bezieht sich hier einzig auf das "System der Abschreckung", wie es zur Zeit existiert. Auf dem "Hearing" entwickelten v.a. Prof. Ebert ("soziale Verteidigung"), Prof. Galtung, Horst und Eckart Afheldt ("defensive Verteidigung"), von Weizsäcker und Unterseher (SAS) strategisch-operative Alternativen. Lutz (IFSH) skizzierte eine sicherheitspolitische Alternative.

dieser Diskussion sein.

- Die strukturell bedingten Interessendivergenzen zwischen den USA und Westeuropa hätten schon lange zu einer Erosion der erweiterten Abschreckung geführt. Damit entfalle logisch auch die Bedingung für ein kollektives Verteidigungssystem. Eine neue europäische Friedensordnung müsse davon ausgehen, daß in der heutigen Situation mehr Waffen weniger Sicherheit bedeuten, zumal sie auch die Konflikte in der "Dritten Welt" nicht verhindern könnten.
- Perspektiven alternativer strategisch-operativer und sicherheitspolitischer Konzepte könnten sein: Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, atomwaffenfreie Zonen, Defensivverteidigung, soziale Verteidigung oder Strategien, wie Unilateralismus, Disengagement ("Finnlandisierung") oder der Austritt der Bundesrepublik aus der (militärischen Integration der) NATO.

Die Konventionalisierungsproblematik hat v.a. durch die "autonomen" Teile der Friedensbewegung Eingang in die Medien und ins öffentliche Bewußtsein gefunden, nachdem die Sozialdemokratie trotz anfänglicher Bemühungen, ALB zu thematisieren, die Diskussion eher nach innen verlegt hatte. Die Friedensbewegung hat das Thema selbst spät und nur zögerlich aufgegriffen. Die politische Brisanz wurde zunächst von den Gruppierungen erkannt, die sich mit der "Dritten Welt" und der "Rapid Deployment Force" der USA befaßt haben (Vgl. Horlohe, in: iz3W, November 1982, 21-30).

Im politisch-parlamentarischen Bereich wird die "system-oppositionelle" Position von den Grünen vertreten. Ansonsten reicht der Einfluß dieser Position kaum in die Parteien hinein. Sie gelangt auch kaum in die Institutionen

der Politik. Die Position ist auf Öffentlichkeitsarbeit über den Verlagssektor (Bücher, Zeitungen, usw.) und die Unterstützung durch die kritische Friedensforschung angewiesen (1). Häufig entsteht das falsche Bild von einer "Flut von Material", mit der sich die Bewegung ins Bild rückt. Tatsache ist, daß die Diskussion über Alternativen zum Abschreckungssystem marginal bleibt gegenüber dem tendenziellen staatlichen Meinungsmonopol und der Konzentration von "militärische(m) Sachverstand (...) im Bereich der Bundesregierung" (Stratmann, AP u ZG, B 48/84, 29).

-
- (1) An Veröffentlichungen aus dem Umfeld der "Friedensbewegung" sind erschienen (unvollständig/chronologisch):
- "Blätter für deutsche und internationale Politik", 12/82, Dezember,
 - Wellmann, Christian, "Konventionelle Aufrüstung und Friedensbewegung", in: ami Nr. 1/83, X - 1 III - 1 ff.,
 - Friedenskoordination Hamburg (c/o Bernd Kruse), "Der Rogers-Plan - Eine konventionelle Siegesstrategie", Hamburg, den 17. 2. 83,
 - Neue Hanauer Zeitung, Sondernummer (in Zusammenarbeit mit FIS: Osthessen), "Warum ausgerechnet Hessen", 1/83, Hanau/Frankfurt a.M., März 1983,
 - ami, "Konventionelle Rüstung. Keine Alternative zu Atomwaffen", Heft 7, Berlin, Juli 1983
 - "Blätter für deutsche und internationale Politik", 10/83, Oktober, "AirLand Battle 2000. Internes Arbeitspapier des TRADOC",
 - Militärpolitik Dokumentation e.V. (Hrsg.), "Die AirLand Battle-Doktrin. Eine offensive Kriegsführungsdoktrin für das Schlachtfeld Europa", Heft 34/35, Frankfurt a.M., Oktober 1983,
 - Die Tageszeitung, taz-Sonderausgabe zur neuen US-Army-Kampfdoktrin, (Oktober 1983), o.J., o.O.,
 - Afheldt, Horst, "Defensive Verteidigung", Rowohlt Hamburg, Oktober 1983,
 - Moderne Zeiten, MOZ extra, Sondernummer 11/83, SOAK Hannover, November 1983,
 - graswurzel revolution, Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen, FÖGA (Hrsg.), Dokumentation: AirLand Battle, Nr. 81 - 1/84, Kassel 1984,
 - Die GRÜNEN im Bundestag (Hrsg.), "Angriff als Verteidigung", ALB, ALB 2000, Rogers-Plan, Bonn/Hamburg, Mai 1984,
 - Mechttersheimer, Alfred, "Zeitbombe NATO": Auswirkungen der neuen Strategien, Diederichs Köln 1984,
 - Guha, Anton-Andreas/Papcke, Sven (Hrsg.), "Amerika, der riskante Partner", Athenäum Königstein/Taunus 1984,
 - Borgmann, Annemarie (Hrsg.), "Die konventionelle Aufrüstung für die 90er Jahre", Weber, Zucht & Co., Kassel-Bettenhausen 1984,
- usw. (diese Titel erscheinen in der Literaturliste hinten nicht mehr)

2.3.1. Die Grünen (im Bundestag)

Bekanntlich ist das Meinungsspektrum innerhalb der Grünen fast so breit wie jenes in der gesamten Friedensbewegung. Die folgende Darstellung bezieht sich auf die Position der seit Mai 1984 vorliegenden Analyse, die anlässlich des Hearings "Militärische Rüstung abbauen, soziale Verteidigung aufbauen, Perspektiven einer neuen europäischen Friedensordnung jenseits von NATO und Warschauer Pakt" vom 14. - 16. Juni 1984 in Bonn erstellt wurde.

Die Analyse sieht in der neuen Doktrin (nicht Strategie) für den Kriegsschauplatz eine "ausgesprochen offensive Prägung" (1984, A 5). Auch nur die partielle Übernahme von Elementen der neuen US-Army-Doktrin würde eine deutliche Steigerung der Kriegsgefahr für Europa und eine Anpassung Europas an die nationalen Interessen der USA zur Folge haben.

Die Studie versucht zu belegen, daß Teile von ALB bereits eingeführt worden sind und insbesondere über den "Zwischenschritt Rogers-Plan" mit dem ausgeweiteten Schlachtfeld Europa als zentralem Element von ALB eine offensive Kriegsführungsdoktrin in Westeuropa umgesetzt werden soll.

Als Indizien für die Umsetzung von ALB in der BRD gelten v.a. der Ausbau der militärischen Infrastruktur im Rahmen des am 31. 5. 1978 beschlossenen Infrastruktur-Programms. Im Abkommen zwischen der BRD und den USA "über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise und Krieg" (Wartime Host Nation Support (1), WHNS) wird das Ziel erfüllt, so schnell wie möglich kampfbereite amerikanische Verstärkungen aus den USA in die BRD heranschaffen zu können (vgl. REFORGER-Übungen/Hanauer Zeitung). Zu dem

(1) Mit einiger Phantasie könnte man "host nation" als "Gastgeber-Nation", aber auch als Nation der "Heerscharen" übersetzen.

Plan gehört auch im voraus eingelagertes schweres Gerät und Waffen (Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets, POMCUS) und die Vorverlegung von US-Truppen (Master Restationing Plan, MRP) direkt an die DDR- und die CSSR-Grenze. Diese Maßnahmen würden es ermöglichen, gemäß ALB in Europa die Kampfhandlungen "so schnell wie möglich offensiv 'vorwärts' auf gegnerisches Territorium" zu tragen (ebd., hier: A 41).

Die Studie betont, ähnlich wie auch Mechtersheimer, daß Europa "zum Sprungbrett gegen die Dritte Welt" werde, wobei die BRD zum "NATO-Brückenkopf" für die USA ausgebaut werde (vgl. Mechtersheimer 1984, 45-55). Das Entscheidende sei, daß im WHNS-Abkommen (Art. I) die Vertragsparteien Bundes- und US-Regierung unter Umgehung der Parlamente gemeinsam feststellen können, "wann eine Krise oder ein Krieg besteht" (Die Grünen, ebd., hier: 142 / Mechtersheimer, ebd., hier: 54).

Die "blitzkriegsartige Vorwärtsverteidigung" hätte auch strategische Auswirkungen. Die USA müßten die flexible response immer deutlicher als Kriegsführungsdoktrin interpretieren, denn je größer die Chancen für einen militärischen Sieg sind (in Kombination von Konventionalisierung und Erstschlagsfähigkeit), desto mehr werden die USA vom Zwang zum Einsatz ihrer strategischen Waffen entlastet werden müssen. Westeuropa werde zur Entlastungsfront in Richtung WVO und Krisengebiete in der "Dritten" Welt, während der strategische Nuklearschirm aus Selbstabschreckungsgründen zum Mythos werde (ebd., hier: A 75 (1)).

Insbesondere die BRD, die sich aus historischen und verfassungsrechtlichen Gründen Zurückhaltung in außereuropäischem/militärischem Engagement auferlegt hätte, würde zunehmend in die neue Arbeitsteilung eingeplant. Außerdem

(1) Vgl. auch den Beitrag von Nikutta, in: Militärpolitik Dokumentation Nr. 34/35, Frankfurt/M., Oktober 1983, 106-110.

habe sich Westeuropa mit seiner Unterschrift unter die Feststellung, der Rogers-Plan betreffe nur taktische Veränderungen (Dezember 1982), jeglicher Möglichkeiten einer Kritik, die die Unvereinbarkeit von ALB-Doktrin/Rogers-Plan mit der NATO-Strategie herausstellen wollte, beraubt.

Eine derart offensiv ausgelegte Doktrin, die im Osten auf eine ähnliche Ausstattung treffe und eine Politik, die auf Desintegration der anderen Seite ziele und dort eine Militarisierung der Gesellschaft noch fördere, erhöhe die Kriegsgefahr drastisch. Jede Seite sei, um eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit zu erzielen, dem Druck zur Prä-emption und zum frühzeitigen Einsatz militärischer Mittel ausgesetzt. "Verzweiflungstaten" oder "Flucht nach vorne" durch eine in die Ecke gedrängte Sowjetunion seien in einer solchen Situation nicht auszuschließen.

Das Bild von der "sowjetischen Verzweiflungstat" ist zu einfach und deutet auf eine unkritische Übernahme der bürgerlichen Rezeption der sowjetischen Bedrohung. Immerhin muß man sich mit dem Problem auseinandersetzen, daß die westliche Konfrontationspolitik innerhalb des eigenen (westlichen) Lagers so viele Widersprüchlichkeiten produziert, daß irgendwo auf den vorgeschobenen Glacis der Funke überspringt und möglicherweise horizontal eskaliert. Diese Möglichkeit ist als wahrscheinlicher zu betrachten, gerade wenn man davon ausgeht, daß die Blockkonfrontation in Mitteleuropa im Vergleich zur "Dritten" Welt eine gewisse Stabilität produziert (1).

Als wahrscheinlichste Lösung der gegenwärtigen NATO-Krise suche die Allianz nach einem neuen Konsens, der aller-

(1) Die Grünen werden nicht um eine "Entideologisierung" der Sowjetuniondebatte herumkommen, wenn sie eine realistische Bedrohungsanalyse erstellen wollen. Vgl. auch die Kritik der "Grünen Friedenspolitik im Lichte der Parteibildung" d. Verf., in: ami Nr. 4/84, III - 62-67.

dings angesichts der aktuellen Widersprüche noch oberflächlicher bleibe als die flexible response. Möglich erscheiné eine "Neuformulierung der NATO-Strategie auf der Grundlage der Stärkung (...) der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO in Europa" und einer "neuerlichen deklaratorischen Bekräftigung der erweiterten US-Nukleargarantie" zur Abschreckung eines sowjetischen Ersteinsatzes von Nuklearwaffen "bei gleichzeitiger Reduzierung oder gar Eliminierung der taktisch-nuklearen Komponente". Die faktische Entkoppelung der USA wird in Westeuropa mit einer Hebung der Nuklearschwelle abgegolten (ebd., hier: A 83).

Innenpolitisch sei der Reflex auf die militarisierte Außenpolitik eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft. Während bei CDU/CSU/FDP Einigkeit in der Befürwortung der Konventionalisierung herrsche, müsse sich die Friedensbewegung v.a. mit einer SPD auseinandersetzen, die mit ihrer "fatalen Annahme, es gebe ein politisches Koordinationssystem zur Einbettung der 'Konventionalisierung', welches diese perspektivisch zu einem Instrument der wiederbelebten Entspannungspolitik werden lassen könnte", tendenziell zum Gegner der Bewegung werde (ebd., hier: A 90). Mittelfristig bestünden aber keinerlei Anhaltspunkte für Rüstungskontrollverhandlungen, welche ernsthaft dem Ziel einer militärischen Deeskalation verpflichtet seien. Für die Friedensbewegung bedeute die veränderte Situation, "daß sie in der 'Konventionalisierungsfrage' einer großen Koalition aller Parteien" gegenüberstehe (ebd., hier: A 94).

Die Analyse verzichtet darauf, einen politischen Weg konkret anzugeben. Einer "Schwächung, Zersetzung und schließlichen Auflösung der NATO", einem "Bruch mit den USA" und dem Drängen der "SPD zu klaren und eindeutigen Positionen zur US-Politik" muß in "breiten Kreisen der Bevölkerung ein Bewußtsein" vorausgehen, welches "radikaleres und konsequenteres Engagement" verlange (ebd.,

hier: A 83). Ansatzpunkt für eine "eigene Politik" der Friedensbewegung müsse die Auseinandersetzung mit dem Regierungskurs sein.

Obwohl die Analyse einen anderen Sicherheitsbegriff unterstellt, der sich jenseits des militärischen Gleichgewichts ansiedelt und deshalb einer besonders sorgfältigen politischen Definition bedarf, bleibt die Analyse bei letztlich immanenten Postulaten stehen. Wenn es dort heißt:

"VERSTÄRKT MAN GEMÄSS AIRLAND BATTLE DIE MILITÄRISCHE BEDROHUNG DES OSTENS, SO SCHLÄGT MAN DAMIT ALLEN BEMÜHUNGEN UM VERTRAUENSBI-
L-
DUNG, VERSTÄNDIGUNG, ENTSPANNUNG USW. INS GESICHT. DIESE WERTE, DIE IN DER ENTSPANNUNGS-
A-
ERA VON DER ETABLIERTEN POLITIK SELBST HOCH GEHALTEN WURDEN, GELTEN DANN NICHTS MEHR" (EBD.,
HIER: A 87),

dann ist wohl eher der Wunsch nach den "Bemühungen" Vater des Gedankens. Kernpunkt der gegenwärtigen Konfrontationspolitik ist gerade, daß es keine Bemühungen um eine Beilegung des Rüstungswettlaufs gibt. Dies zu zeigen ist ja auch der Inhalt und Zweck der Analyse.

Der moralische Hinweis, daß die Parteien ihre eigenen Werte verraten (,die ja auch damals nur "hoch gehalten" wurden), erübrigt sich dann. Hier verbirgt sich möglicherweise der heimliche Wunsch, daß "die sich neu auftuende Kluft zum SPD-Standpunkt" doch nicht so groß werden möge, daß die zur größte(n) aktuell-politische(n) Brisanz wird (ebd., hier: A 94).

2.3.2. Verwandte Positionen außerhalb der Grünen

Afheldt (1983) und Mechttersheimer (1984) sehen in der neuen Militärdoktrin und in abgeschwächter Form auch bei

Rogers die Beschaffung militärischer Mittel, die nicht mehr den politischen Zielen dienen, für die sie da seien,

"DENN GERADE BEI DER BEURTEILUNG KONVENTIONEL-
LER RÜSTUNG SIND DIE POLITIKER KAUM IN DER LAGE,
MILITÄRISCHE ERFAHRUNGEN, DIE AUS DER MILITÄR-
DOKTRIN FOLGEN UND OHNE RÜCKSICHT AUF DEN POLI-
TISCHEN ZWECK AUFGESTELLT WORDEN SIND, AM POLI-
TISCHEN KRITERIUM (Z.B. KRISENSTABILITÄT) ZU
MESSEN UND GEGEBENENFALLS ABZULEHNEN" (Afheldt,
1983, 30).

Die Entscheidung für oder gegen solche weitreichenden Kampfmittel, die "überhaupt nicht spezifisch Verteidigung sein können", sondern bestenfalls doppelt benutzbar sind, sei für die europäische Sicherheitspolitik von entscheidender Bedeutung.

Die Differenz zwischen ALB (US-Army) und Rogers (SACEUR) sei auf Druck entstanden. Hier seien Möglichkeiten für Spielräume in der NATO, die "auch Raum für die Entwicklung von Strategien, die wirklich den Interessen der Europäer entsprechen", lassen (ebd., hier: 32). Der Weg aus dem Dilemma führe über eine rein defensive konventionelle Verteidigung Europas. Es komme bei einer konventionellen Verteidigung nicht darauf an, dem Angreifer deutlich zu machen, daß sein Territorium auch verletzt werden wird, sondern ihm zu vermitteln, daß er mit einem Angriff scheitern und seine Armee verlieren wird (ebd., hier: 42 (1)).

(1) Afheldt erweiterte sein älteres Konzept (1976) der Technokommandos. Das 76-er Modell war v.a. auf die Verhinderung eines Blitzkrieges zugeschnitten. Jetzt fordert er den Erstschlagsverzicht für die US-nuklearstrategischen Waffen und einen Verzicht auf Kernwaffen zugunsten einer konventionellen defensiven Verteidigung Westeuropas. Die neuen Technologien sollen für das Netz der Technokommandos aus Jägerkommandos, Raketenartillerie und Informationsnetz genutzt werden.
Vgl. auch Stutz, Alfred, Raumverteidigung. Utopie oder Alternative? Vorschläge, Modelle und Kontroversen" (Ein Bericht über Thesen von Spannocchi, Afheldt, Uhle-Wettler, Löser), Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 1982.

Die Tragik von Konzepten dieser Art könnte darin bestehen, daß sie von der NATO in einer Arbeitsteilung durch die Verbindung von offensiven und defensiven Mitteln integriert werden. U.S.-Senator Nunn geht z.B. in seinem Bericht an den Streitkräfteausschuß (vom 13. Mai 1982) davon aus, daß eine mobile Vorwärtsverteidigung nicht darum herum kommen würde, auch in den rückwärtigen Räumen der Bundesrepublik stark zu sein. Konkret könnte das heißen, daß die US-Army auf osteuropäischem Territorium ihr "maneuver warfare" demonstriert, während die Bundeswehr und andere Alliierte im Kampf gegen evt. durchgebrochene sowjetische Truppen die Bundesrepublik in ein Schlachtfeld verwandeln.

2.3.3. Zusammenfassung

Die Konventionalisierung hat für die westeuropäische Sicherheit dieselbe Auswirkung wie die aufgefächerte Nuklearisierung auch. Beide Komponenten tendieren zu einer Kriegsführungsabschreckung, die einen frühen oder integrierten Nukleareinsatz nicht ausschließt. Durch das FOFA-Konzept kann weder das Prinzip der Ersteinsatzdrohung außer Kraft gesetzt werden, noch sind die Konventionalisierungsprojekte in der Lage, die strukturellen Probleme der NATO-Strategie zu lösen.

Nicht eine weitere Aufrüstung, sondern nur eine radikale Abrüstung - auch einseitig und unabhängig von der anderen Seite - macht den Frieden sicherer. Auch durch eine Erweiterung der NATO-Strategie und die Zufuhr von immer mehr Waffensystemen bleibt die Ankoppelung der USA an die Sicherheit Westeuropas ein Mythos. Es gilt deshalb, nach grundlegenden Alternativen zum gegenwärtigen System der Abschreckung zu suchen.

3. SYNOPSE UND SCHLUSSBETRACHTUNG DER DREI POSITIONEN

Zur Verdeutlichung der nach wie vor bestehenden Differenzen in den drei Positionen bei der Einschätzung der Konventionalisierung werden drei fast idealtypische Positionen, die in der Polemik zwischen Stratmann (Position I), Lübke-meier (Position II) und Nikutta (Position III) entwickelt wurden, nebeneinandergestellt. In der Schlußbetrachtung soll die Frage nach dem konsensstiftenden Charakter der Konventionalisierung beantwortet werden.

3.1. POSITION I:

- (1) DIE ALB-DOKTRIN IM FM 100-5 IST KEINE OFFENSIVE KRIEGSFÜHRUNGS-STRATEGIE DER USA. DIE BEHAUPTUNG, DIE ALB-DOKTRIN SEI MIT DER GÜLTIGEN NATO-STRATEGIE NICHT VEREINBAR, IST FALSCH.
- (2) DIE KRITIKER SCHÄTZEN (A) DIESE DOKTRIN UND IHRE RELEVANZ GRUNDLEGEND FALSCH EIN UND VERKENNEN (B) DIE GÜLTIGE NATO-STRATEGIE UND DIE AUS IHR ABGELEITETEN KONZEPTE.
- (3) DIE PRINZIPIEN DER ALB-VORSCHRIFT ("SIEG", "ANGRIFF IN DER TIEFE", "PREEMPTIV STRIKES", "OFFENSIVE" USW.) BEZIEHEN SICH AUSSCHLIESSLICH AUF DIE OPERATIVE UND TAKTISCHE FÜHRUNG VON GROSS-VERBÄNDEN (KORPS, DIVISIONEN).
- (4) WEGEN IHRER GLOBALEN PERSPEKTIVE UNTER EINBEZIEHUNG ALLER MÖGLICHEN KRIEGSSCHAUPLÄTZE, GEFECHTS- UND KAMPFARTEN UND KRIEGSTYPEN, BESCHREIBT ALB NATIONALE GRUNDSÄTZE OPERATIVER VARIANTEN, DIE IM NATO-KONTEXT AUS VERSCHIEDENEN GRÜNDEN NICHT ANWENDBAR SIND.
- (5) DAS FM 100-5 KANN ALS AUFFORDERUNG GELESEN WERDEN, OSTEUROPA UND DIE SOWJETUNION OFFENSIV ZU BESETZEN UND ES KANN ALS SIEG ÜBER DIE SOWJETUNION VERSTANDEN WERDEN. ALB LÄSST DIE MÖGLICHKEIT ZU, ZUERST ANZUGREIFEN. SIE ERLAUBT OFFENSIVE OPERATIONEN GEGEN GEGNERISCHES GEBIET UND SIE LÄSST DEN (ERST-)EINSATZ AUCH VON NUKLEAREN UND CHEMISCHEN WAFFEN NACH DEREN POLITISCHER FREIGABE NACH AUSSCHLIESSLICH TAKTISCHEN KRITERIEN ZU.
- (6) DAS SIND ABER NICHT ZWINGENDE, IN JEDEM FALL GÜLTIGE FORDERUNGEN. ALLE KONKRETEN, SPEZIFISCHEN AUSSAGEN KÖNNEN AUCH NATO-KONFORM AUSGELEGT UND ANGEWENDET WERDEN. BEI UNVEREINBAREN PUNKTEN HAT DIE NATO-PLANUNG VORRANG.
- (7) DIE ELEMENTE DER ÜBEREINSTIMMUNG SIND (Z.T. VON DER BUNDESREPUBLIK DURCHGESETZT GEGEN DIE USA): BEKÄMPFUNG DES GEGNERS AUF SEINEM TERRITORIUM MIT FEUER - KEINE AUSSCHLIESSLICH KONVENTIONELLE VERTEIDIGUNG - KEINE FESTLEGUNG AUF EINE HOHE NUKLEARSCHWELLE - TAKTISCH-OPERATIVE BEWEGLICHKEIT MIT GEGENANGRIFFEN.
- (8) "VERTRÄGLICHKEIT" BESTEHT NACH DER BESEITIGUNG VON "MISSVERSTÄNDNISSEN" IN DEN PUNKTEN: KEINE OFFENSIVE INITIATIVE DER NATO, SONDERN REAKTION AUF DEN "ERSTEN SCHUSS" DER GEGENSEITE - ANGRIF IN DIE TIEFE: (A) MIT FEUER, WENN ES SICH UM "OPERATIVE TIEFE"

DER ANGREIFENDEN GEGNERISCHEN ARMEE HANDELT (100 - 150 KM) UND (B) MIT ETWAIGEN ANGRIFFEN DER EIGENEN SCHWEREN HEERESVERBÄNDE "ZUNÄCHST" AUF DIE TAKTISCHE TIEFE DER ANGREIFENDEN GEGNERISCHEN DIVISIONEN DER ERSTEN STAFFEL (30 - 70 KM / (B) IST BIS JETZT IN DER VERTEIDIGUNGSPLANUNG DER NATO NICHT VORGESEHEN) - "INTEGRIERTES GEFECHTSFELD", WENN ES VERSTANDEN WIRD ALS WECHSEL VON KONVENTIONELLEN ZU NUKLEAREN/CHEMISCHEN GEFECHTSBEDINGUNGEN OHNE UNTERBRECHUNG DER OPERATIONEN (ALSO NICHT EIN QUASI AUTOMATISCHER ZAHLREICHER EINSATZ VON ATOMWAFFEN). ZIEL IST NICHT DIE VERÄNDERUNG DER NUKLEAREN GESAMTSTRATEGIE DER NATO. AN DIESEM PUNKT HAT DIE BUNDESREGIERUNG DIE GRÖSSTEN BEDENKEN GEGENÜBER DEN USA VORGEBRACHT.

- (9) "KRITIK DER KRITIK": DIE BEHAUPTUNG; DIE NATO SEI STRUKTURELL NICHTANGRIFFSFÄHIG, IST FALSCH. AUCH DIE GEGENÜBERSTELLUNG VON ABSCHRECKUNGS-/KRIEGSVERHÜTUNGSSTRATEGIE UND KRIEGSFÜHRUNGSSTRATEGIE, BZW. DIE POLARISIERUNG IN "POLITISCHE" UND "MILITÄRISCHE" ATOMWAFFEN VERKENNT DEN DIALEKTISCHEN ZIEL-/MITTEL-ZUSAMMENHANG. DIESER ELEMENTE. DIE KRITIK GIBT SICH MIT MORALISIERENDEN ERMAHNUNGEN, POSTULATEN UND POLITISCHEN PRINZIPIEN ZUFRIEDEN. DIE VERÖFFENTLICHUNGEN DER FRIEDENSBEWEGUNG SIND "FESTMETER AN STEREOTYPEN AGITATIONSSCHUND".
- (10) DIE VERDRÄNGUNG ALLER OPERATIVEN ERFORDERNISSE UND PROBLEME MILITÄRISCHER SICHERHEITSPOLITIK AUS DER ÖFFENTLICHEN DEBATTE FÜHRT ZUR FLUCHT IN IDEALE SICHERHEITS- UND STRATEGIEMODELLE. ES WIRD KÜNFTIG DARAUF ANKOMMEN, IN DER SICHERHEITSDEBATTE DER BUNDESREPUBLIK EINE SCHRITTWEISE ANNÄHERUNG AN DIE POLITISCH-STRATEGISCHE REALITÄT ZU VOLLZIEHEN.
(Stratmann, SWP, ALB - Zerrbild und Wirklichkeit, in: APuZG B48/ Dez. 1984, 19-30 und Replik, in: APuZG B7-8/1985, 33-37)

3.2. POSITION II:

- (1) DIE ALB-DOKTRIN IST IN EINIGEN PUNKTEN MIT DER NATO-STRATEGIE DER FLEXIBLEN ANTWORT UNVEREINBAR.
- (2) DIES FESTZUSTELLEN, HEISST NICHT, DER USA ZU UNTERSTELLEN, SIE WOLLE AUF EINE OFFENSIVE KRIEGSFÜHRUNGSDOKTRIN UMSTELLEN. DAS IST ANGESICHTS DER POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN KRÄFTEVERHÄLTNISSE IN EUROPA EIN HOFFNUNGSLOSES UNTERFANGEN.
- (3) DIE UNVEREINBARKEIT DER US-AUSBILDUNGS- UND EINSATZGRUNDSÄTZE MIT DER FLEXIBLEN REAKTION BEEINTRÄCHTIGT DIE INNERE UND ÄUSSERE GLAUBWÜRDIGKEIT DER NATO UND FÜHRT ZU EINER BELASTUNG DES BÜNDNISSENSSENSES BZW. ZU EINER VERHÄRTUNG MIT DER SOWJETUNION.
- (4) IN DER ALB-DOKTRIN IST EINE ABKEHR VON EINER VERTEIDIGUNG NACH VORNE HIN ZU EINER VERTEIDIGUNG NACH VORWÄRTS ANGELEGT. DIE DEFENSIVE ZIESETZUNG DER NATO, SCHADEN ZU BEGRENZEN USW. WIRD MIT DER DROHUNG, ES WERDE NACH EINEM ANGRIFF KEINE RÜCKKEHR ZUM STATUS QUO ANTE BELLUM GEBEN, OFFEN IN FRAGE GESTELLT.
- (5) DIE GÜLTIGE VORNEVERTEIDIGUNG IST DIEJENIGE NACH DER DEFINITION DES WEISSBUCH 1983 (S. 146). ÖRTLICHE GEGENANGRIFFE SIND NICHT AUSGESCHLOSSEN, JEDOCH EXISTIERT KEINERLEI PLANUNG DER NATO, ÜBER DIE GRENZEN HINWEG ZU REAGIEREN (NACH: ALTENBURG, FAZ VOM

12.3.83). DAS IST EINE POLITISCHE SELBSTBESCHRÄNKUNG FÜR DIE OPERATIONSFÜHRUNG DER LANDSTREITKRÄFTE.

- (6) ALB SIEHT NACH ROGERS DEN "MASSIVEN ANGRIFF MIT BODENTRUPPEN ÜBER DIE GRENZE" VOR (NACH: STERN-INTERVIEW NR. 33 VOM 9.8.84). OFFENSIVE WIRD ALS ENTSCHEIDENDE KRIEGSFORM MIT DEM ZIEL DER VERNICHTUNG DER GEGNERISCHEN STREITMACHT UND DES SIEGS ÜBER DEN FEIND DARGESTELLT.
- (7) DIE NUKLEARWAFFEN WERDEN EXPLIZIT ZU KRIEGSFÜHRUNGSWAFFEN ERKLÄRT. DIE TENDENZIELLE "KONVENTIONALISIERUNG" DER NUKLEARWAFFEN LÄUFT ABER QUER ZU DEN BEMÜHUNGEN UM EINE HEBUNG DER NUKLEAREN SCHWELLE UND FÖRDERT DIE ERWARTUNGEN UM EINE FRÜHZEITIGE FREIGABEERLAUBNIS ("VORAB"-FREIGABEERLAUBNIS IST SCHON GEFORDERT WORDEN).
- (8) KRITIK AN STRATMANN: ER SPIELT DIE MILITÄRSTRATEGISCHEN UND POLITISCHEN IMPLIKATIONEN HERUNTER. BEZÜGLICH DER FORMULIERUNG DES "INTEGRIERTEN GEFECHTSFELDES" ENTSPRICHT DIE VON STRATMANN VORGENOMMENE KATEGORIALE UNTERSCHIEDUNG IN NICHT-NUKLEARE UND NUKLEARE WAFFEN NICHT DEM GEIST DES FM 100-5.
- (9) DIE HARMONISIERUNGSBEMÜHUNGEN ZWISCHEN DEN KONZEPTEN "ERWEITERTES GEFECHTSFELD" UND DER VORNEVERTEIDIGUNG ÜBERZEUGEN NICHT.
- (10) STRATMANN SETZT SICH MIT SEINEN INTERPRETATIONEN DER GEFAHR AUS, EINER ENTPOLITISIERENDEN VORSTELLUNG ÜBER DIE FUNKTION VON NUKLEARWAFFEN INNERHALB DER NATO DAS WORT ZU REDEN.
(Lübke-meier, FES, Replik auf Stratmann, in: APuZG B 7-8/ 1985, 28-30; vgl. auch in: Neue Gesellschaft, NG 4/84)

3.3. POSITION III:

- (1) DIE NATO-STRATEGIE IST EIN KOMPROMISS AUS DEN FUNDAMENTALEN INTERESSENUNTERSCHIEDEN ZWISCHEN DER BÜNDNISVORMACHT USA UND DEN WESTEUROPÄISCHEN ALLIIERTEN. DIE USA UNTERSTELLEN WEIT AUFGEFÄCHERTE KRIEGSFÜHRUNGSOPTIONEN UNTERHALB DER STRATEGISCHEN EBENE UND SEHEN DESHALB AUS IHRER SICHT AUCH EINE ÜBEREINSTIMMUNG ZWISCHEN DEM FM 100-5 UND DER NATO-STRATEGIE UND -DOKTRIN. WESTEUROPA UND INSBESONDERE DIE BUNDESREPUBLIK UNTERSTELLEN VORRANGIG DEN ASPEKT DER KRIEGSVERHINDERUNG DURCH ABSCHRECKUNG IM RAHMEN DER ESKALATIONS-DROHUNG BIS ZUR STRATEGISCHEN EBENE.
- (2) DIE NEUE US-HEERESDIENSTVORSCHRIFT MUSS IN DEM GRUNDLEGENDEN BEZIEHUNGSZUSAMMENHANG ZWISCHEN POLITIK UND MILITÄRSTRATEGIE UND DER FAKTISCHEN AUSGESTALTUNG DIESES VERHÄLTNISSSES DURCH ENTSPRECHENDE MILITÄRISCHE OPERATIONS-KONZEPTE, DIE DIE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN IN EINEM BEGRENZTEN KONVENTIONELLEN/NUKLEAREN KONFLIKT VERBESSERN, GESEHEN WERDEN.
- (3) DA DIE NATIONALE MILITÄRSTRATEGIE DER USA UND DARAUS ABGELEITETE OPERATIONS-KONZEPTE FÜR IHRE LANDSTREITKRÄFTE NICHT ZWANGSLÄUFIG IDENTISCH MIT DOKTRIN UND STRATEGIE DER NATO SIND, ENTHÄLT DIE OFFENSIV AUSGERICHTETE ALB-DOKTRIN SOWOHL TAKTISCHE, OPERATIVE ALS AUCH STRATEGISCHE IMPLIKATIONEN, DIE FÜR DIE DEKLARATORISCH DEFENSIV AUSGERICHTETEN POLITISCHEN WIE MILITÄRISCHEN ZIELSETZUNGEN DER WESTLICHEN ALLIANZ GRUNDSÄTZLICH PROBLEMATISCH SIND.

- (4) DIE STRATEGISCHEN BEZÜGE WEISEN AUF KRIEGSZIELE HIN, DIE SICH VON DENEN DER NATO ERHEBLICH UNTERSCHIEDEN. DAS SCHWERGEWICHT WIRD NICHT MEHR AUF DIE REAKTION AUF EINEN ANGRIFF GELEGT, SONDERN AUF DIE MILITÄRISCHE AKTION, DIE BETONUNG DER OFFENSIVE UND DAS ERGREIFEN DER INITIATIVE.
- (5) DIE ALB-DOKTRIN BEDEUTET DESHALB IMPLIZIT DIE AUFGABE DES PRINZIPS DER VORNEVERTEIDIGUNG MIT EINER KONZEPTION DER ABNUTZUNG DES FEINDES DURCH FEUER. DIE POLITISCH AUFERLEGTE DEFENSIVE STRATEGIE DER VORNEVERTEIDIGUNG SCHLIESST FÜR DIE NATO FAKTISCH EINE OFFENSIVE "MANEUVER WARFARE" AUS.
- (6) AUCH WENN DER ÜBERGANG DER NATO ZU EINER OFFENSIV ORIENTIERTEN VERTEIDIGUNGSSTRATEGIE GÄNZLICH DEFENSIV GEMEINT IST, IST ZU BEACHTEN, DASS DIE WVO IHRE OFFENSIVKAPAZITÄTEN AUCH DEFENSIV BEGRÜNDEN.
- (7) FÜR DIE WESTEUROPÄISCHEN NATO-STAA TEN STELLT SICH MIT ALB DAS PROBLEM, OB DIE FÜR DIE EIGENE SICHERHEIT ALS GRUNDLEGENDE ANGESEHENE ANKOPPELUNG AN DAS STRATEGISCHE NUKLEARPOTENTIAL DER USA GARANTIIERT IST.
- (8) STRATMANN LÖST DIE VORSCHRIFT AUS DEM EIGENTLICHEN POLITISCH-STRATEGISCHEN KONTEXT UND ISOLIERT SIE KÜNSTLICH. DIE BEWERTUNG LÄUFT AUF EINE UNTERSTÜTZUNG DER AMERIKANISCHEN INTERPRETATION DER ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN DER FLEXIBLEN REAKTION UND DER ALB-DOKTRIN HINAUS.
- (9) STRATMANN'S INTERPRETATION DER US-HEERESDOKTRIN MUSS ALS VERHÄRMLOSSEND BEZEICHNET WERDEN. ALLERDINGS REDET ER SELBER DEM AUFBAU VON OFFENSIVKAPAZITÄTEN DAS WORT (FRÜHZEITIGE GEGENOFFENSIVE MIT LANDSTREITKRÄFTEN).
- (10) AUCH ROGERS AUSSAGEN VERDEUTLICHEN, DASS SICH ALB NICHT BRUCHLOS IN DIE POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN DER STRATEGIE UND DOKTRIN DER NATO EINFÜGEN LASSEN (ZWANG ZUR PRÄEMPTION/DEEP ATTACK MIT LANDSTREITKRÄFTEN/ELEMENTE DES INTEGRIERTEN GEFECHTSFELDES).
(Nikutta, Berghof -Stiftung, Freie Universität, Replik auf Stratmann, in: APuZG B 7-8/1985, 30-33)

3.4. SCHLUSSBETRACHTUNG

Mit der argumentativen Trennung von operativer und strategischer Ebene öffnet Stratmann seinen Kritikern ein Einfallstor, um ihnen - nachdem diese das auch benutzen - zu entgegnen, sie würden durch "offene Türen gegen Windmühlen-

flügel" anrennen. Denn, so in der "Kritik der Kritik", sie hätten ja recht. Man könne die Konzepte so lesen, wie sie von Lübke-meier/Nikutta verstanden werden. Ihm gehe es aber darum, sie so zu lesen, daß sie NATO-konform sind. Seine ganze Argumentation baut letztendlich darauf auf, diese Konformität in den Vordergrund zu rücken. Die von Nikutta festgestellten Interessendivergenzen zwischen den USA und der Bundesrepublik sieht er auch, allerdings nicht so grundsätzlich, daß sich nicht einige "Mißverständnisse" beseitigen ließen. Ihm behagt auch mehr die "horizontale" Trennungslinie zwischen der strategischen und der sub-strategischen Ebene, um unterhalb des im Dokument MC 14/3 besiegelten Bündniskonsens die abweichenden Interessen materiell zu verankern. Sich so dem Primat der Politik entziehend, fordert er Lübke-meier, der seine Argumentation an der inneren und äußeren Glaubwürdigkeit der Verteidigungsstrategie aufhängt, geradezu zu einem Bekenntnis zur materiellen Militärstrategie der NATO heraus (Lübke-meier: natürlich sei es legitim, daß sich die Militärs Gedanken über nukleare Einsatzpläne machen). Stratmann geht es nicht um die "Politik" der "hohen" oder "niedrigen Nuklearschwelle", sondern darum, die "materielle Seite der Operationsplanung" verstärkt in die Öffentlichkeit zu rücken, um diese für die militärische Seite der Verteidigungsfähigkeit zu "sensibilisieren". Letztlich muß dann doch eine für militärische Forderungen offenere Bevölkerung (Opfer bringend) auf die Unterschrift unter ein Dokument MC 14/4 vorbereitet werden.

Vorerst dürfte es aber - und das ist eigentlich die Quintessenz aus der ganzen Debatte - darum gehen, die NATO-Strategie solange, wie irgend möglich offenzuhalten, um sich gegenüber der Bündnisvormacht USA wenigstens minimale Spielräume zu bewahren. Vielleicht verbirgt sich dahinter auch die Hoffnung, mittelfristig mit einem stärkeren westeuropäischen Gewicht im sicherheitspolitischen Bereich die Politik mitbestimmen zu können.

Die Punkte, die die NATO aus der Sicht der Position I als Verteidigungsbündnis sprengen könnten, liegen auf einem sehr weit gespannten Bogen:

- a) eine rein konventionelle Option,
- b) eine Konventionalisierung mit der Absicht, durch (counter-) offensive Operationen die Sowjetunion in Osteuropa zu schlagen,
- c) eine globale westliche Strategie der "horizontalen Eskalation"

wären zusammen mit einer Erosion des U.S.-amerikanischen Nuklearschirms für Westeuropa nicht mehr tolerierbar.

Während diese Position unterhalb dieser Ebene einen Interessenausgleich mit den USA sucht, dürften sich innenpolitisch die drei skizzierten Positionen weiterhin gegenüberstehen. Die über die Debatte um die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) und eine westeuropäische Antwort (EUREKA/EVI) darauf entbrannten Kontroversen deuten darauf hin, daß die Legitimation nicht kurzfristig über eher kosmetische Korrekturen, wie sie von Teilen der SPD vorgeschlagen werden, wiederherstellbar ist.

Weiterführende Arbeiten müßten die weitere Konventionalisierung und die Tendenzen einer Kriegsführungsfähigkeit in Westeuropa als direkte Folge von SDI näher untersuchen. Auch wird bis jetzt vernachlässigt, die Reaktion der Sowjetunion auf den Konventionalisierungsvorgang zu beleuchten. Allein der Aspekt, daß sie gezwungen sein könnte, ihre eigenen Schwächen durch neue operative Konzepte zu korrigieren, könnte in der Bundesrepublik neuen Stoff für eine sicherheitspolitische Auseinandersetzung bieten.

LITERATURLISTEDokumente:

- "AirLand Battle" and "Corps 86", US Department of The Army, The AirLand Battle and Corps, TRADOC Pamphlet 525-5, Fort Monroe, Virginia, 25 March 1981, in: Militärpolitik Dokumentation Heft 34/35, Berlin/Frankfurt/M., 13-41 (deutsche Übersetzung).
- AirLand Battle 2000, Internes Arbeitspapier des U.S. Army Training and Doctrine Command, TRADOC, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Sonderdruck 300, Köln 1984 (deutsch).
- "AirLand Battle 2000", ohne Ort, August 1982 (Auszüge), Glanz/Meyer-Version (U.S.-Army/Bundeswehr), in: Militärpolitik Dokumentation, siehe oben, 74-94.
- NATO: Can the Alliance be saved? Report of Senator Sam Nunn to the Committee on Armed Services United States Senate, May 13, 1982.
- The Field Manual 100-5, vom 20. August 1982 (Auszüge aus der US-amerikanischen Heeresdienstvorschrift in deutsch), Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. (Hrsg.), Starnberg, 18.1.84.
- Bücher und Aufsätze:
- Afheldt, Horst, Defensive Verteidigung, Reinbek 1983.
- Apel, Hans, "Braucht die NATO eine andere Strategie?", in: Europäische Wehrkunde EWK/WWR 4/83, 154-159.
- Baechler, Günther, Grüne Friedenspolitik im Lichte der Parteibildung, in: antimilitarismus information, ami 4/84, Berlin 1984.
- Bahr, Egon, Gemeinsame Sicherheit, Gedanken zur Entschärfung der nuklearen Konfrontation in Europa, in: Europa Archiv EA 14/82, 421-430.
- ders., Für eine neue Strategie des Bündnisses, Sozialdemokratischer Pressedienst, Bonn, 22.2.1984.
- Baudissin, Wolf Graf von/Lutz, Dieter S., Der NATO-Doppelbeschuß und aktuelle Sicherheitsprobleme, IFSH-Forschungsberichte, Heft 21, Hamburg 1981.
- Biedenkopf, Kurt, Wege aus der nuklearen Grenzsituation, in: DIE ZEIT Nr. 47 vom 18.11.1983.
- Biermann, Wolfgang, NATO-Reformismus oder "Raus aus der NATO", in: Moderne Zeiten MOZ 7/1984, 35-36.

- ders., AirLand Battle - Ein Kriegsführungskonzept für die NATO?, in: Müller, Erwin (Hrsg.), Dilemma Sicherheit, Baden-Baden 1984, 15-23.
- Borkenhagen, Franz H.U., Gefahren für eine defensive Vorverteidigung, in: Österreichische Militärzeitschrift ÖMZ Heft 1/1985, 47-52.
- Bülow, Andres von, Gedanken zur Weiterentwicklung der Verteidigungsstrategien in West und Ost, in: Materialien, Vorstand der SPD (Hrsg.), Bonn 1984.
- ders., Alpträume West gegen Alpträume Ost, Ein Beitrag zur Bedrohungsanalyse, Vorstand der SPD (Hrsg.), Bonn 1984.
- DIE GRÜNEN im Bundestag, (Hrsg.), Angriff als Verteidigung, Bonn/Hamburg, Mai 1984.
- European Security Study, ESECS; Wege zur Stärkung der konventionellen Abschreckung in Europa, Vorschläge für die 80er Jahre; Bericht der Lenkungsgruppe, Baden-Baden 1983.
- ESECS, Strengthening Conventional Deterrence in Europe, Report of the ESECS, London 1983.
- Ehmke, Horst, Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas, Ein Diskussionspapier, Vorstand der SPD (Hrsg.), Politik Nr. 1, Bonn Januar 1984.
- Farwick, Dieter, Zur Diskussion der NATO-Strategie, Dynamische Vorwärtsverteidigung statt statischer Vorverteidigung, in: ÖMZ, Heft 2/1983, 117-120.
- Gilges, Konrad, Für eine neue Sicherheitspolitik, aus: "Sozialismus", Heft 6/1984 (Juni/Juli).
- Glötz, Peter, "Keine Angst vor Wünschen", Teil I und II, in: DER SPIEGEL; Nr. 12/1984, 122-129, Nr. 13/1984, 101-120.
- ders., Der Schritt in die falsche Richtung - FOFA und die deutschen Möglichkeiten, in: Neue Gesellschaft NG, Nr. 1/1985:
- Informationsdienst Sicherheitspolitik ISP, Nr. 11/1984, Juli 1984, AirLand Battle: eine neue Strategie? Bonn 1984.
- Informations- und Pressestab. Der Bundesminister der Verteidigung (Hrsg.), Zur Diskussion über das Field Manual 100-5 des US-Heeres/AirLand Battle und das Konzept AirLand Battle 2000.
- Lafontaine, Oskar, Angst vor Freunden, SPIEGEL-Buch, Reinbek 1983.
- Lübke-meier, Eckhard, Probleme, Voraussetzungen und Chancen einer Konventionalisierung der NATO-Strategie, FES, Bonn im Februar 1983.

- ders., Replik auf Stratmann, in: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZG, B 7-8/1985, 28-30.
- ders., Denuklearisierung der NATO-Strategie, in: Bruns/Krause/Lübkemeier, Sicherheit durch Abrüstung, Bonn 1984.
- ders., AirLand Battle und Rogers-Plan, Manuskript, Januar 1984.
- Lutz, Dieter S., Auf dem Weg zu einer neuen europäischen Friedensordnung, IFSH-Diskussionsbeitrag, Heft 31, Juli 1983.
- Mechtersheimer, Alfred, Zeitmombe NATO, Auswirkungen der neuen Strategien, Köln 1984.
- Nikutta, Randolph, "AirLand Battle"-Konzept, Replik auf Stratmann ("AirLand Battle"-Zerrbild und Wirklichkeit), in: APuZG B 7-8/1985, 30-33.
- Rogers, Bernhard W., Die NATO in den achtziger Jahren, Ein Jahrzehnt der Herausforderungen, in: EA, 22/1980, 673-682.
- ders., Das Atlantische Bündnis, Rezepte für ein schwieriges Jahrzehnt, in: EA, 12/1982, 369-380.
- Rühle, Hans, "Wunschträume statt Alpträume", in: EWK/WWR, 11/1984, 611-618.
- Schmid, Günter, Die öffentliche Diskussion um Frieden und Sicherheit, in: ÖMZ Heft 4/1983, 293-296.
- ders., Positionen in der sicherheitspolitischen Diskussion und ihre Vertreter in der Bundesrepublik Deutschland, in: ÖMZ Heft 6/1983, 504-512.
- Schulze, Franz-Joseph, Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V., in: Wehrtechnik 6/1983.
- Sieber, Ursel, Legitimation der Sicherheitspolitik durch Konventionalisierung der NATO-Strategie?, Wissenschaftliche Hausarbeit zur Erlangung des Diploms am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin, 9. Oktober 1985.
- Starry, Donn A., Extending the Battlefield, in: Military Review MR, March 1981, 31-50.
- Stratmann, K.-Peter, NATO-Strategie in der Krise?, Baden-Baden 1981.
- ders., "AirLand Battle"-Zerrbild und Wirklichkeit, in: APuZG B 48/1984, 19-30.
- Stutz, Alfred, Raumverteidigung, Utopie oder Alternative?, Zürich 1982.

- S + F, Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Anhörung: "Alternative Strategien", Auswertungen von Schuster, Dieter/Wasmuht, Ulrike, Baden-Baden 1984.
- Voigt, Carsten, in: Würzbach, Peter-Kurt (Hrsg.), Die Atomschwelle heben. Moderne Friedenssicherung für übermorgen, Koblenz 1983.
- Wörner, Manfred/Würzbach, Peter-Kurt, Zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung. Studie im Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 20. Mai 1982.
- Wörner, Manfred, "Das wertlose Ja zur NATO", in: DER SPIEGEL (-Essay) vom 4. Juni 1984.

Zeitungen:

- Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt DS, vom 2.12.1984 (Nr. 49):
- Die Grünen, vom 10.11.1984 ("Bonn übernimmt AirLand Battle").
- Frankfurter Rundschau FR, vom 20.7.1982. FR vom 6.12.1983,
- FR, vom 30.10.1984.

außerdem:

- Bericht der AG "Neue Strategien", in: Politik (Vorstand der SPD Hrsg.), Nr. 9, Juli 1983.
- Beschluß des Kölner Parteitags der SPD vom 19.11.83, in: Politik (Vorstand der SPD Hrsg.), Nr. 16, November 1983.
- Information der SPD-Bundestagsfraktion, Ausgabe 2077, Bonn, 24.11.1984.
- Übersicht über die vom SPD-Bundesparteitag beschlossenen Anträge, Teil 2: Beschlüsse vom 19. Mai, Friedens- und Sicherheitspolitik.
- iz3w, (Informationszentrum dritte Welt, November 1982.
- SOZIALISMUS, Heft Juni/Juli, Nr. 6/1984.